

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Porto) 2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Proletariat? — Der sozialdemokratische Parteitag. — Beschlüsse der 2. Internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe. — Internationaler Genossenschaftstag. — Neuer Lohnzettel für die Arbeiter der Hamburger Baudeputation. — Unfallfürsorge für Beamte und Arbeiter in Frankfurt a. M. — Die Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Berliner Gemeindebetrieben. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909. — Notizen für Gewerkschaften. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau.

Proletariat?

In einer nationalliberalen Broschüre, die uns neulich in die Hände kam, wurde mit einem großen Aufwand von nationalökonomischer Wissenschaft der Nachweis zu führen versucht, daß die Beamten und überhaupt die von den Verwaltungsbehörden beschäftigten Angestellten keine Proletariat seien. Sämtliche diese Kategorie von Arbeitern ja niemals Mehrwert erzeuge, also auch nicht ausgebeutet werden könne, mithin kein Recht zum Streik habe und — dies war des Pudels Kern! — nationalliberale Gelden in die Parlamente wählen müsse.

Abgesehen davon, daß die nationalökonomische Deduktion auf einen sehr großen Teil der staatlichen und städtischen Angestellten nicht zutrifft — denn er erzeugt sehr wohl Mehrwert, nur daß an die Stelle des Privatunternehmers der Staat oder die Stadt tritt —, ergeben sich also davon wäre die Frage zu untersuchen, ob sich wirklich etwas Stichthaltiges für die Behauptung, der Angestellte (oder Arbeiter) einer Verwaltungsbehörde sei kein Proletariat, entgegen fördern läßt.

Der agitatörische Zweck solcher Behauptungen ist klar: indem man den Arbeitern des Staates oder der Stadt eine Ausnahmebewährung zuweist, trennt man sie (theoretisch) von der allgemeinen Arbeiterbewegung. Zudem man ihnen den „Käse“ des Proletariats absperrt, offeriert man ihnen den nationalliberalen Kandidaten in der zutreffenden Erkenntnis, daß ein Proletariat, der sich als solcher erkennt, unmöglich nationalliberal wählen könne. Aber jemand, der zu der Erkenntnis gekommen ist, daß er eigentlich — trotz Schmalzstücken und Leitungswasser — etwas „Besseres“ ist, ja, der beißt am Ende auf den Köder an.

Die Sache wäre zum Lachen, wenn wir nicht wüßten, daß es in der Tat noch eine ganze Reihe von Leuten gibt, die sich aus solchen und ähnlichen Gründen von ihrer Gewerkschaft und von vernünftiger politischer Tätigkeit fernhalten. Es lebt in ihnen das Verlangen, „mehr“ zu sein als sie sind. Eine Illusion umschließt sie wie dicker Nebel: daß es nur darauf ankomme, die Nase ein wenig höher zu heben, um größer zu sein. Sie nehmen jede Gehaltserhöhung, jede Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, die auf das Träumen ihrer proletarischen Kollegen hin errungen werden, zwar mit wohlwollendem Nicken an, aber sie treten aus ihrer Passivität nicht heraus, weil ihnen das Klassenbewußtsein des Proletariats fehlt.

Wenn das hohe und höhere Beamtenverhältnis solchen Mäusen hülfe, kann man es noch verstehen, trotzdem manche von ihnen auch auf Rosen gebettet sind. Die meisten von ihnen stammen aus Lebensverhältnissen, die eben wirklich keine proletarischen sind. Unvollständiges Gehalt, Erziehung, Gesellschaftsleben begründen zwar nicht das Recht auf Einstufung in den sozialen Verhält-

nissen gegenüber, aber doch die zutreffende Meinung dieser Leute, daß man sie nicht zu den Proletariaten zählen könne.

Alle jene Attribute aber gehen den Beamten und Arbeitern ab, die ihrer ganzen Lebenslage nach zu uns, zu den Proletariaten, gehören.

Was bedeutet denn das Wort: Proletariat?

Nach dem heutigen Sprachgebrauch versteht man darunter den Besitzlosen und den, der arm an Besitz ist. In der Arbeiterbewegung gilt als Proletariat, wer von seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit lebt und auf diese Arbeit angewiesen ist, um schlecht und recht leben zu können.

Man kann zugeben, daß hiernach die Linie zwischen Proletariat und Nichtproletariat ziemlich flüchtig ist, daß sich Fälle denken lassen, wo die Klassifizierung Schwierigkeiten machen würde.

Indessen kommt diese Möglichkeit für unsere Untersuchung nicht in Betracht, da die übergroße Mehrzahl unserer Kollegen gar nicht bestreiten wird, daß sie ohne Arbeit verhungern müßte.

In der Tat stützt sich die Selbsttäuschung der Ueberheblichen, sie seien keine Proletariat, auch nicht auf irgendwelchen materiellen Besitz, sondern auf moralische Vorurteile. Einmal ist es die wirkliche oder vermeintliche Beamtenqualität, die jene Täuschung hervorruft, und ferner das Bewußtsein, ein Proletariat sei etwas gesellschaftlich minderwertiges.

Die Ansicht, der Beamte sei ohne weiteres höher zu werten als der Angestellte in Zivil, ist auf den in Preußen-Deutschland herrschenden Militarismus zurückzuführen. Er hat jene innerlich ganz unbegründete Ehrfurcht vor der bunten Rüge und den tollkühnsten Gosen erzeugt, die bei freien, demokratisch regierten Völkern die heiterste Verwunderung erregt. Wenn die Kinder auf der Straße Soldaten spielen, sieht man den Geist im Werden, aus dem das oben gekennzeichnete Vorurteil entspringt. Die öffentliche Meinung, soweit sie von den Organen der herrschenden Klassen gemacht wird, hegt und pflegt diesen Geist bei allen nur irgendwie geeigneten Anlässen. Denn sie wissen: hier ruht das Geheimnis, mittels dessen das Volk in feudal-absolutistischen Banden gehalten wird. So pflegt man auch bei den Beamten noch das selbstschmeichelnde Bewußtsein, eine gesellschaftliche Ausnahmestellung einzunehmen.

Bei einigem Nachdenken müßte es auch dem von solcher Sugestion Befangenen klar werden, daß man ihm hier eine hohle Blase in den Kopf gesetzt hat, die nur Wind enthält, nichts weiter. In Wirklichkeit ist der Angestellte mit Beamtenqualität viel abhängiger als der Privatangestellte und wird vielfach weit schlechter entlohnt. Gesetze, die für den Zivilisten ohne Einschränkung gelten, werden von den Behörden für die Beamten einfach außer Kraft gesetzt. Ihr Privatleben wird stellenweise sorgsam überwacht, ihre Gesinnung geprüft und ihre Hand, die den Stimmzettel zur Urne bringt, nach Möglichkeit geführt. Von den öffentlichen Wahlen ganz zu schweigen.

Treffen diese Beschränkungen der Persönlichkeit nicht überall zu, so steht jedenfalls soviel fest, daß der Beamte oder der, der sich für etwas Besseres hält, auf diesem Gebiete schlechter abschneidet als der Privatangestellte und der Arbeiter im Dienst des Kapitalismus.

Dem stehen hier und da ein paar materielle Vorteile gegenüber, die aber auch nicht entfernt ausreichen, um die Bezeichnung „Proletariat“ für die hier in Betracht kommenden Arbeiter hin-fällig zu machen.

Meist für ihr kampfhaftes Bestreben, nicht in einen Topf mit dem Proletariat geworfen zu werden, nur die vorhin erwähnte Annahme übrig, ein Proletarier sei etwas sozial Minderwertiges.

Man könnte darauf einfach antworten: minderwertig (im Geiste nämlich) sind die, die solchen rückständigen Anschauungen huldigen. Aber die Nichtachtung — um nicht zu sagen Verachtung — der Arbeiter ist ja noch in vielen anderen Kreisen und selbst in solchen, die Anspruch auf besondere Intelligenz machen, eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Sie ist das Gegenstück zu der anderen Tatsache: daß der Besitz sich der größten Hochachtung erfreut. Je mehr Geld, desto mehr Achtung. Die Würzeln dieser „verehrten Welt“ reichen zurück bis in die Zeiten der Sklaverei, da der Schaffende, der Dienende ein Stück Eigentum seines Herrn, eine „Sache“ war, die als Mensch nicht weiter in Betracht kam und in öffentlichen Dingen nicht mitzureden hatte.

Der Proletarier von heute ist denn doch eine andere „Sache“! Und er ist seit Jahrzehnten in der besten Arbeit, das Odium des Sklaventums von sich abzuschütteln.

Aber nicht dadurch geschieht es, daß er seine Zugehörigkeit zum Proletariat leugnet und der kindlichen Einbildung lebt, eine vorumranderte Röhre oder dergleichen habe ihn um einige Stufen höher — nein, wer nicht den Schein, sondern eine bessere Wirklichkeit will, muß sich stolz als Proletarier bekennen und muß nach besten Kräften daran mitarbeiten, den Schaffenden den ihnen gebührenden Respekt und Einfluß zu erringen.

Wie das geschehen kann und geschieht, darüber ist an dieser Stelle schon oft gesprochen und wird noch öfter gesprochen werden: Eintritt in die gewerkschaftliche und politische Bewegung ist das erste Erfordernis.

Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der bemerkt Tag für Tag, daß allmählich die Früchte reifen, die von harten Händen geerntet wurden.

Und je mehr der Ueberheblichen ihren blinden Dünkel fallen lassen und sich offen auf die Seite des Proletariats stellen, wo sie nun einmal hingehören, desto bessere Früchte werden wir ernten. Denn jeder einzelne verstärkt die Macht der großen Bewegung, die sich die Welt erobern will und wird: die Macht des steifnackigen, aufwärtsringenden Proletariatsheeres.

Der sozialdemokratische Parteitag

Ist am 18. September in Magdeburg zusammengetreten. Seine Verhandlungen verdienen in vollem Maße das lebhafteste Interesse, welches ihm in Arbeiterkreisen diesmal, wie alljährlich, entgegengebracht wird. Aber auch die Gegner der Arbeiterpartei hoffen, diesmal auf ihre Kosten zu kommen. Der Disziplinbruch in Baden hatte die Gemüter innerhalb der Partei ungemein erregt, und es bestand einige Aussicht, in Magdeburg könne es zu so lebhaften Auseinandersetzungen kommen, daß die Propaganda unserer Partei zum mindesten für einige Zeit gefährdet sei. Mittlerweile dürften auch die sensationshungrigen Feinde des Proletariats herausgefunden haben: Unserem unaufhaltsamen Vormarsch können die aufflarenden, prinzipiellen Debatten, die sich an solche Vorkommnisse wie in Baden knüpfen, eher nützlich wie schädlich sein. Damit wollen wir freilich durchaus nicht alles gut und lobenswert nennen, was über den Konflikt geschrieben und geredet worden ist. Immerhin bedürfen wir keinesfalls des schulmeisterlichen Rates der liberalen Presse um „Ruhigung und Taktik in Rücksicht auf die Reichstagswahlen“. Die Leute mögen nur auf ihre eigene Anglistmeiertaktik Bedacht nehmen.

Wir für unsern Teil stehen nicht an, den badischen Disziplinbruch als einen Vorgang zu bezeichnen, der die schärfste Zurückweisung verdient. Inwieweit dabei die Budgetbewilligung eine prinzipielle oder taktische Frage genannt werden kann, ändert daran nichts. Wir neigen dem Letztern zu. In Nr. 51 der „Neuen Zeit“ tritt nun C. Braun dafür ein, daß eine Kommission eingesetzt werde, welche das einschlägige Material aus den Bundesstaaten prüfen und dem nächsten Parteitag eine Vorlage zur endgültigen Regelung unterbreiten soll. Ob dieses Hinausschieben die schon seit vielen Jahren erörterte Budgetfrage mehr klärt, ist mindestens zweifelhaft. In Rücksicht auf die Reichstagswahlen hat der Vorschlag immerhin manches für sich. Jedenfalls muß der Magdeburger Parteitag Mittel und Wege finden, um die Zerschaltung bestehender Reichslage zu gewährleisten.

Die Stellungnahme zu den Genossenschaften ist, nachdem dieopenhagener Resolution den Weg zeigt, nicht zweifelhaft. Auch der internationale Genossenschaftstag hat sich damit bereits abgefunden, und es wird Sache der organisierten Arbeiter sein, in

ihren Konsumvereinen den Kleinlichen, überneutralen Krämergeist fürder nicht aufkommen zu lassen durch regere Anteilnahme am Genossenschaftsleben.

Die Diskussion zur Reichsversicherungsordnung dürfte nicht wesentlich neue Momente ergeben. Der letzte Parteitag in Leipzig, wie auch die nach ihm tagenden Spezialkongresse sowie der Gewerkschaftskongreß haben unzweideutig gegen die geplante Verschlechterung in der Sozialgesetzgebung protestiert. Das gleiche wird in Magdeburg geschehen.

Es ist zu hoffen, daß die preussische Wahlrechtsfrage einen erneuten kräftigen Anstoß erhält durch die Parteitageabebatten. Es gab eine Zeit, wo sogar E. Bernstein und andere Revisionisten für den eventuellen Rassenstreik als Pressionsmittel in Preußen eintreten. Heute versucht selbst Kautsky der Genossin R. Luxemburg gegenüber die Vorzüge der „Ermattungsstrategie“ nachzuweisen. Wir müssen nun gestehen, daß wir nicht so schnell „umzulernen“ vermögen. Ebensovienig halten wir etwas von dem Hinweis auf die Gewerkschaftsführer, die den Rassenstreik unter allen Umständen vermeiden wissen wollen. Die Rückständigkeit Preußens ist ein derartiges Demmonis im Kulturleben aller westeuropäischen Völker (wie das jüngst wieder Jean Jaurès in Frankfurt überzeugend nachwies), daß hier eine unabwiesbare Pflicht des „bestdisziplinierten Proletariats der Welt“ vorliegt, etwas energischer und mit ungewöhnlichen Mitteln gegen den bestehenden Zustand anzukämpfen. Wir wollen hoffen, daß in Magdeburg endlich eine aggressive Direktive gefunden wird und wir fürderhin bald über das Resolutionsstadium hinauskommen.

Daß auch die kommenden Reichstagswahlen ihre würdige Einleitung finden werden in Magdeburg, bezweifeln wir nicht. Nach dem wunderbaren Auftakt der letzten acht Nachwahlkämpfe haben wir nunmehr die Aufgabe, weiterhin aufzuklären, zu organisieren und zu agitieren, damit uns die neue Wahltschlacht grüßet finde. So wenig wir geneigt sind, die parlamentarische Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse zu überschätzen, so sehr muß doch anerkannt werden, daß wir uns dieses „Instrument des Volkes“ mit gutem Erfolge bislang bedient haben, und es wird auch weiterhin Aufgabe unserer Vertreter sein, den herrschenden Klassen eine Reform nach der anderen abzurufen. Der Aufstieg der Arbeiterklasse muß eben mit allen irgendwie vermittelbaren Mitteln beschleunigt werden, wobei freilich die wirtschaftlichen Wachstumsfaktoren, die Gewerkschaften, oft genug die Pionierarbeit zu leisten beufen sind.

E. D.

Beschlüsse der 2. Internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe.

Koalitions- und Streikrecht.

Die 2. Internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe, die Gefahr erkennend, welche das Vordringen der Kapitalisten mit sich bringt, den genannten Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht, sowie auch das Wahlrecht zu beschränken, protestiert ganz energisch gegen alle Maßnahmen, welche für die Arbeiter öffentlicher Betriebe eine Schwächung ihres Koalitions- und Streikrechts im Gefolge hat und sie dadurch von der modernen Arbeiterbewegung trennen könnte.

Die 2. Internationale Konferenz fordert alle in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter aller Länder auf, sich den anerkannten gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und jeden Versuch, das Koalitions- und Streikrecht einzuschränken oder zu vernichten, gemeinschaftlich zu bekämpfen.

Die Konferenz protestiert gegen die von der rumänischen Regierung beschlossene Aufhebung des Koalitions- und Streikrechts der Arbeiter kommunaler und staatlicher Betriebe und spricht die Erwartung aus, daß die Massenbewegungen rumänischer Arbeiter diesem Zustand durch Besonnenheit und energisches Vorgehen ein Ende zu bereiten suchen.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen.

Die Konferenz hält es im Interesse der Unterstützung der Lohnbewegungen für unbedingt erforderlich, statistische Zusammenstellungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie auch über städtische und staatliche Arbeiterfürsorge zu haben. Das Sekretariat wird daher beauftragt und die einzelnen Landesorganisationen werden verpflichtet, das Sekretariat hierin zu unterstützen, daß solche regelmäßige Statistiken aufgenommen und in den Mitteilungen des Sekretariats veröffentlicht werden. Die gesammelten Materialien sollen der nächsten Konferenz als Unterlage für die Beratungen zu dem Punkt: „Unsere Forderungen an die Verwaltungen öffentlicher Betriebe hinsichtlich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ dienen.

In Anbetracht des derzeitigen Standes unserer internationalen Verbindungen sieht die zweite Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe von einer bestimmten Regelung des Unterstützungswesens bei Lohnlämpfen ab, empfiehlt aber den einzelnen Bruderorganisationen, mehr wie bisher in der finanziellen Unterstützung größerer Kämpfe zu tun und die Gelder durch das Internationale Sekretariat gehen zu lassen, damit eine Übersicht der vollzogenen Leistungen ermöglicht wird. — Bei Streiks und Aussperrungen im eigenen Lande verpflichten sich die angeschlossenen Verbände, dem Internationalen Sekretariat sofort Mitteilung von diesen Konflikten sowie von deren Verlauf und Resultaten zu machen.

Zum Geschäftsbericht des Internationalen Sekretärs.

Dem Internationalen Sekretär wird für die Geschäftsperiode 1907 bis 1908 Entlastung erteilt.

Grundlegende Bestimmungen für die Internationale Verbindung.

Anschlußberechtigt an das Internationale Sekretariat sind alle Organisationen der Arbeiter öffentlicher Betriebe, die eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder durch Anwendung der Kampfmittel der modernen Arbeiterbewegung erstreben. Abteilungen, die jetzt einer anerkannten Landesorganisation innerhalb der bestehenden Arbeiterpartei angehören und die Landesorganisation entweder rechtmäßig oder unrechtmäßigerweise verlassen, können nicht in das Internationale Sekretariat aufgenommen werden, ohne daß die Landesorganisation, aus der die Abteilung ausgetreten ist, ihre schriftliche Zustimmung erteilt.

Die Konferenzdelegation bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Bei der Abstimmung über Anträge ist jedoch die wirkliche Mitgliederzahl maßgebend. Hierbei wird nach dem Grundsatz verfahren, daß jeder Organisation mit einem Mitgliederbestand bis zu 2000 eine Stimme eingeräumt wird. Von 2000—5000 Mitglieder wird eine weitere Stimme und für jede weiteren 5000 Mitglieder noch je eine Zusatzstimme erteilt. Für die Berechnung der Mitgliederzahl werden die gezahlten Beiträge — 13 Wochen oder 3 Monate pro Quartal — zugrunde gelegt.

Zur Verrichtung der Unkosten des Internationalen Sekretariats sind von den angeschlossenen Verbänden pro Mitglied und Jahr 3 Pf. an das Sekretariat zu zahlen. Der hierdurch entstehende Fonds dient dem Sekretariat zur Deckung der Unkosten.

Die Mitteilungen des Internationalen Sekretariats erscheinen nach Bedarf. Alle drei Jahre ist ein gedruckter Geschäftsbericht herauszugeben.

Der Internationale Sekretär führt gleichzeitig die Kassengeschäfte des Sekretariats. Alljährlich ist hierüber Bericht zu geben. Die Revision der Kasse übernimmt der deutsche Verband, welcher drei Revisoren wählt, die mindestens alljährlich einmal die Kasse zu revidieren haben.

Der Sitz des Internationalen Sekretariats bleibt Berlin, ebenso bleibt die Leitung in Händen des 1. Vorsitzenden des deutschen Verbandes, Kollegen Albin Rößler.

Die nächste internationale Konferenz soll im Anschluß an den nächsten internationalen Kongreß 1913 in Wien stattfinden.

Das Protokoll der Konferenz wird gedruckt und in dänischer und deutscher Sprache herausgegeben. Jede Landesorganisation erhält für jede ihr zustehende Stimme 20 Exemplare gratis. Mehrbeteiligungen müssen bezahlt werden.

Aus Anlaß des Ende dieses Monats stattfindenden Kongresses unserer französischen Bruderorganisation soll derselben ein Auszug aus dem Geschäftsbericht des Internationalen Sekretariats sowie aus dem Protokoll der Konferenz in französischer Sprache übermittelt werden, um auf diese Weise die dortigen Kollegen mehr für die Internationale zu interessieren.

Internationaler Genossenschaftstag.

(5.—7. September, Hamburg.)

Nach dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen der Internationale Genossenschaftstag in Hamburg. Wenn auch nicht an Bedeutung gleich, so hat letzterer doch Anspruch auf Beachtung von Seiten der organisierten Arbeiter, wuzustößt doch die Genossenschaftsidee gleichfalls in dem Streben, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen. Und wie die Gewerkschaften sich international betätigen, so sehen auch wir in der Genossenschaftsbewegung den Geist der internationalen Solidarität seine Erscheinungen entfalten. Und wie der Sozialismus die Gewerkschaftsbewegung in ihren Vorn zog und umgekehrt die Gewerkschaften die politische Bewegung der Arbeiterklasse befruchtete, so sehen wir auch in der Genossenschaftsbewegung den sozialistischen Gedanken immer weitere Kreise ergreifen. Die Zeit ist sehr nahegerückt, wo die letzten Schranken niedergestrichen und die Proletarier aller Länder vereint sind in Partei, Gewerkschafts- und Konsumvereinsorganisationen, die, sozialistisch durch und durch, jede nach ihrer Art dem

behehen Ziel entgegensteuern, die Arbeiterklasse aus dem Joch des internationalen Kapitalismus zu befreien.

Das zeigte sich recht deutlich in Hamburg.

Im großen Saale des Zoologischen Gartens fanden sich die Teilnehmer (mit Gästen an 600) ein. Die Tagesordnung wies außer einigen uns weniger interessierenden Dingen die Schaffung eines neuen Statuts für den internationalen Genossenschaftsbund auf. Der Entwurf des Zentralvorstandes wurde en bloc angenommen. Das neue Statut räumt mit den bisherigen anarchischen Verhältnissen in der internationalen Genossenschaftsorganisation auf, schafft feste Beiträge und begrenzt das Stimmrecht der einzelnen Mitglieder nach Maßgabe ihrer Beitragsleistung. Insofern lehnt sich das neue Statut stark an die deutschen Verhältnisse an. Der internationale Bund, der zurzeit 806 Mitglieder, vorwiegend Konsumgenossenschaften, zählt, erhält mit dem neuen Statut eine feste Grundlage, die erste Voraussetzung für jedwede praktische Arbeit.

Das Hauptinteresse des Gewerkschaftlers mußte sich auf die Erstattung und Beratung des Referats des Sekretärs des internationalen Bundes, Dr. Hans Müller-Büch, über „Die Entwicklung des Konsumvereinswesens in Gegenwart und Zukunft“ konzentrieren. Das Interesse wurde noch gehoben durch die wenige Tage zuvor in Kopenhagen beschlossene Resolution über die Genossenschaftsfrage. Das Referat, das viele lichte Punkte aufwies und u. a. auch die politische Abstimmung unter Umständen als Selbstmord bezeichnete, fand wegen seiner Abgabe an den Klassenkampf energischen Widerspruch. Dr. H. Müller und viele seiner Freunde bewegten sich im Gedankenkreise bürgerlicher Ideologie. Sie vermögten nicht anzunehmen, daß auch die Konsumvereine zu Klassenkampfinstrumenten werden und geworden sind. Sie bleiben konsequent bis zu dem Augenblick, wo sie die Wichtigkeit dieser Auffassung anerkennen müßten. Das kann ihnen aber wenig nützen, die Entwicklung geht ihren Gang, in dem einen Lande etwas schneller und im anderen etwas langsamer, je nach den natürlichen Bedingungen. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist Massenbewegung und wird sie in Zukunft in noch weit höherem Maße sein. Und als Massenbewegung ist sie auch Klassenbewegung. Damit ist nicht gesagt, daß die Konsumvereine sich irgendwie und irgendwo anderen im Klassenkampf im gleichen Maße tätigen Faktoren unterordnen sollten.

Kein Wunder also, daß Genosse v. Elm am letzten Tage des Kongresses ungeteilte Aufmerksamkeit fand, als er auf die Stellungnahme der internationalen Sozialistenkongresse in Kopenhagen zu der Genossenschaftsfrage zu sprechen kam. Unter lebhaftem Beifall stellte er fest, daß die Genossenschaften mit dem Kopenhagener Beschluß vollumfänglich zufrieden sein können. Eine Resolution, die diesem Beschluß beipflichtet und von ihm eine wesentliche Stärkung der Genossenschaften erwartet, fand gegen wenige Stimmen Annahme. Die schon vorher gefasste Resolution über das Wesen und die Entwicklung der Genossenschaften bedeutet gleichfalls einen Aufbruch nach links. Klar und deutlich werden in derselben die antikapitalistischen Eigenschaften der Konsumvereine und der ihre wesensverwandten Genossenschaften herausgearbeitet. Ein christlicher Versuch, den Beschlüssen des Kongresses eine Spitze gegen die Sozialdemokratie zu verleihen, fiel kläglich ab. Besonders erfreulich war es mit anzusehen, mit welcher Lebhaftigkeit die deutsche Delegation für ein freundschaftliches Verhältnis mit Partei- und Gewerkschaftsbewegung und deren Ideen votierte.

So bedeutet der Internationale Genossenschaftskongreß ein bedeutsames Stück nach vorwärts auf dem Wege, die Konsumgenossenschaftsbewegung in dem großen Ideenkreis des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse aufgehen zu sehen. Nun aber weiter voran!

S. Sch., Köln.

In der Resolution des Genossenschaftskongresses heißt es:

Die Konsumgenossenschaften, die außer den eigentlichen Konsumvereinen auch die Wohn- und Pausenvereine umfassen, haben in den kapitalistisch entwickelten Ländern von allen Genossenschaftsarten die größte Bedeutung für die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft, und zwar sowohl wegen des unmittelbaren großen praktischen Nutzens, den sie für die Mitglieder im Gefolge haben, als insbesondere auch wegen der ihnen zugrunde liegenden Wirtschaftsprinzipien, durch deren allgemeine Ausbreitung und Anwendung die Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befördert wird.

Die Konsumvereine bezwecken, ihre Mitglieder bei dem Einkauf und der Beschaffung von Gütern aller Art vor jeglicher Ueberverteilung dadurch zu schützen:

- a) daß sie ihnen die Güter in guten, reellen Qualitäten liefern,
- b) daß sie den Profit des Unternehmers, der die Güter zum Verkauf bringt, nach Möglichkeit eliminieren.

Die Voraussetzung für die Erreichung dieser Zwecke ist, daß eine möglichst große Anzahl von Konsumenten ihren Bedarf in möglichst weitem Umfange von der Konsumgenossenschaft bezieht. In dem Maße als die Konsumenten sich zu Konsumgenossenschaften zusammenschließen, wird eine Organisation der Kaufkraft des Arbeitseinkommens geschaffen, die die arbeitenden Klassen in den Stand setzt, in weitem Umfange auch ihre Arbeit selbst genossenschaftlich zu organisieren und sich in eigenen Produktionsbetrieben zu beschäftigen.

Die durch die Konsumgenossenschaften herbeigeführte Organisation der Kaufkraft kann erfahrungsgemäß nur dann mit dauerndem Erfolge durchgeführt werden, wenn an den Grundsätzen der demokratischen Selbstverwaltung, der Verzählung, der unbeschränkten Mitglieberszahl, der Anlehnung der Bezugspreise an die ortsüblichen Tagespreise und der Rückvergütung des infolge dieser Praxis entstehenden Ueberschusses nach Maßgabe des Bezuges festgehalten wird.

Ueber die Stellungnahme des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen zur Genossenschaftsfrage votierte der Internationale Genossenschaftstag wie folgt:

„Der Internationale Genossenschaftskongress begrüßt, ohne auf irgendwelche Fragen der Politik Bezug zu nehmen, den Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses von Kopenhagen, durch den die Einheit und Selbstständigkeit der Genossenschaftsbewegung bestätigt und der hohe Wert und die Bedeutung der Konsumentenorganisation für die Arbeiterklasse anerkannt wird und die Arbeiter aufgefordert werden, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und zu bleiben.

Der Internationale Genossenschaftskongress erwartet von diesem Beschluß eine wesentliche Stärkung der Genossenschaftsbewegung.“

Neuer Lohnstarif für die Arbeiter der Hamburger Baudeputation.

Für die der Baudeputation unterstellten, am Hochbau und im Ingenieurwesen beschäftigten Arbeiter und Handwerker ist ein neuer Lohnstarif herausgegeben worden. Der Arbeiterschuß der Baudeputation beantragte am 13. November 1909, den am 10. Oktober 1909 in Kraft getretenen Lohnstarif zu verbessern, und zwar durch Erhöhung der Anfangslöhne, Einführung von Wochenlöhnen im allgemeinen, Gewährung von Dienstalterszulagen für sämtliche Arbeiter und Vergütung jeglicher Arbeitsleistung außerhalb der gewohnheitsmäßigen Wertagsarbeit als Ueberarbeit. Am 20. August d. J. wurde nun dem Arbeiterschuß eröffnet, die Baudeputation habe zufolge der gestellten Anträge und in teilweiser Gemäßheit derselben beschlossen, die Lohnverhältnisse neu zu regeln. Das Resultat sei der vorliegende Lohnstarif, welcher laut seiner Schlußbestimmung rückwirkende Kraft ab 14. August 1910 erhalte.

Aus den allgemeinen Bestimmungen ist hervorzuheben: „Die Arbeiter werden nach der Art der Berechnung ihres Lohnes in Tagelohnarbeiter und Wochenlohnarbeiter eingeteilt. Jeder neu eintretende Arbeiter hat in der Regel zunächst im Tagelohn zu arbeiten. Das Gleiche gilt für Arbeiter, die bereits früher in einem Betriebe der Baudeputation beschäftigt gewesen sind; indessen können solche Arbeiter, wenn sie im ganzen bereits drei Jahre in diesem Betriebe dauernd oder mit Unterbrechungen von nicht mehr als 40 Wochen gearbeitet haben, alsbald nach ihrer Wiedereinstellung in die Gruppe der in Wochenlohn stehenden Arbeiter aufgenommen werden. Der Lohn wird nach der Zeit der wirklichen Arbeitsleistung berechnet und die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich.“

Jeder ständig beschäftigte Arbeiter hat nach dreijähriger Dienstzeit bei guter Führung Aussicht, vom Tagelohnarbeiter zum Wochenlohnarbeiter aufzurücken. „Die in Wochenlohn stehenden Arbeiter haben Anspruch auf Zahlung des vollen festgesetzten Lohnes für jede Woche, in der sie gearbeitet haben.“

Ungelernte Arbeiter können nach mindestens dreijähriger „guter Dienstführung“ in die Klasse der „angelernten“ Arbeiter versetzt werden.

Die ungelerten Arbeiter erhalten zweimal nach je einem Dienstjahre, die angelernten Tagelohnarbeiter zweimal nach je zwei Dienstjahren, alle anderen Tagelohnarbeiter dreimal nach je zwei Dienstjahren eine Alterszulage von 10 Pf. für den Tag. Die Wochenlohnarbeiter erhalten dreimal nach je zwei Dienstjahren Alterszulagen von 1 Mk. für die Woche.

Jede Arbeitsleistung, die nicht in die durch die Arbeitsordnung oder besondere Dienstvorschriften festgesetzte Arbeitszeit fällt, wird besonders vergütet. Als Ueberstunden gelten die zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens fallenden Stunden. Für Ueberstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeit wird zu dem gewöhnlichen Lohn des einzelnen ein Lohnzuschlag von 25 Proz. gewährt. Den

Wochenlohnarbeitern wird die Arbeit an Feiertagen, die in die Woche fallen, zum Lohnsatz für Ueberstunden . . . besonders vergütet. Für Nachdienst an Sonn- und Feiertagen wird der Mindesttagelohn der ungelerten Arbeiter ohne Zuschlag von 25 Proz. vergütet.

Sofern nicht durch die Arbeitsordnungen oder besondere Dienstvorschriften andere Arbeitszeiten vorgeschrieben werden, gelten die in der nachstehenden Zusammenstellung angeführten Zeiten.“

Arbeitsverlängerungen	Tägliche Arbeitszeit	Gesamtdauer der Pausen	Zahl der täglichen Arbeitsstunden
vom dritten Sonntag im November an 10 Wochen	7 1/2 bis 4 1/2	1 1/2 Std.	7 1/2
von dann 8 Wochen	7 . . . 5 1/2	1 1/2 . . .	9
„ „ 31	7 . . . 6	2 . . .	9
„ „ 5 bis 6	6 1/2 . . . 5 1/2	1 1/2 . . .	10

„Für den Zeitraum von zehn Wochen, vom dritten Sonntag im November ab gerechnet, wird der Winterlohn, für die übrige Zeit des Jahres der Sommerlohn gewährt. Falls aber während der Winterlohnperiode die regelmäßige Arbeitszeit eingehalten wird, gilt auch für diese Zeit der Sommerlohn.“ (Siehe nebenstehende Tabelle.)

Zu diesen Lohnsätzen kommen folgende besondere „Lohnzuschläge“:

1. Für den regelmäßigen Lohnempfang außerhalb der Arbeitszeit wird den Tagelohnarbeitern ein Lohnzuschlag von 10 Pf. für den Arbeitstag, den Wochenlohnarbeitern ein Lohnzuschlag von 1 Mk. für die Woche gewährt.

2. Die Sielmaurer erhalten für die Zeit ihrer Beschäftigung in Sielen und Sielschächten eine besondere Vergütung von 90 Pf. pro Tag.

3. Mit Asphaltlegen, Karbolineumanstrich und Arbeiten an Pontons beschäftigte Arbeiter erhalten für die Dauer dieser Beschäftigung eine besondere Vergütung von 60 Pf. pro Tag.

4. Als Vorarbeiter der Erd- und Promenadenarbeiter sowie der Sielarbeiter und der Steinfeger beschäftigte Arbeiter erhalten eine besondere Vergütung von 60 Pf. pro Tag.

Als Uebergangsbestimmung ist festgesetzt: „Bei Feststellung des Lohnes wird den Arbeitern die volle Dienstzeit in der jeweiligen Lohnklasse angerechnet.“

Der Lohnstarif gilt für circa 1100 Arbeiter aller Art. Durch den Tarif wird an der Arbeitszeit nichts geändert. Es ist bei der zehnstündigen Arbeitszeit im Sommer geblieben. Die Lohnverhältnisse sind aber in mehrfacher Hinsicht verbessert worden; sie sind jetzt wenigstens dem Grunde nach für alle Arbeitergruppen einheitlich, und das Lohn Einkommen der großen Mehrzahl der jetzt beschäftigten Arbeiter wird erhöht.

Die in der Lohnabelle aufgeführten Tagelohnsätze sind die bisher nach dem Lohnstarif vom 10. Oktober 1909 geltenden Lohnsätze. Die Anfangslöhne sind also nicht erhöht worden! Selbst der überhaupt niedrigste Lohnsatz von nur 3,80 Mk. pro Tag ist nicht erhöht worden! Und dieser Lohnsatz bei zehnstündiger Arbeitszeit besteht z. B. für die Arbeiter auf den Steinlagern schon seit 1910 bezw. 1893! Auch Arbeiter anderer Gruppen haben diesen niedrigen Lohnsatz als Anfangslohn, steigend nach einem vollen Jahre nur um 10 Pf. und nach einem weiteren Jahre wieder nur um 10 Pf. schon seit mehreren Jahren. In derselben Zeit sind die Beamtengehälter aller Klassen und Stufen schon mehrere Male aufgebessert worden, und jetzt soll es schon wieder geschehen! Und um welche horrenden Beträge sind die Gehälter zum Teil erhöht worden! Aber für die schlechtestbezahlten Arbeiter des Staates auch im Jahre 1910 noch keinen Pfennig höheren Lohn! Die Vertreter des Staates sollten sich schämen!

Aber auch die Anfangslöhne der qualifizierten Arbeiter hätten erhöht werden sollen. Insbesondere ist zu tabeln, daß der Tagelohnsatz für Steinseher und Hammer, durch den Lohnstarif vom 10. Oktober 1909 um bis zu 30 Pf. bezw. 20 Pf. pro Tag herabgesetzt, jetzt nicht wieder wenigstens auf das frühere Minimum erhöht worden ist. Es ist eine schlechte Lohnpolitik, man mag sie betrachten, von welchem Standpunkte aus man will, wenn bei einer Neuregelung der Löhne ein Teil der Arbeiter mehr Lohn erhält, während ein anderer Teil derselben Lohnabzüge erleiden muß. Zum mindesten ist man anderweitig in analogen Fällen so unständig, die alten, für die Arbeiter günstigeren Verhältnisse für die vor Einführung der neuen, ungünstigeren Bedingungen beschäftigten Arbeiter aufrecht zu erhalten. Und auch der hamburgische Staat befolgte bisher stets diese gute Praxis, wenn — es sich um Beamte handelte! Aber Arbeiter — — — 71

Lohnklasse	Bezeichnung der Arbeiter	Tageslohn								Wochenlohn							
		1. Dienstjahr		2. Dienstjahr		3. Dienstjahr				1. und 2. Dienstjahr	3. und 4. Dienstjahr	5. und 6. Dienstjahr	7. und fernere Dienstj.				
		Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Vom Beginn der Beschäftigung in Wochenlohn ab gerechnet							
		RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
1	Ungelernte Arbeiter	3,80	3,80	3,90	3,80	4, —	3,80										
2	Angelernte Arbeiter (Erd- und Promenadenarbeiter, Arbeiter des Hochbauwesens usw.)	4,10	3,80	4,20	3,90	4,20	4, —	4,80	4, —	26	24	27	26	28	26	29	27
3	Arbeiter im Sandfang und bei nächtlicher Reinigung der Siebe in achtschichtiger Schicht	4,10		4,20		4,30		4,40		26		27		28		29	
4	Sielarbeiter mit zehnstündiger Arbeitszeit	4,10		4,20		4,30		4,40		26		27		28		29	
5	Steinförterer auf den Steinlagern und Arbeiter bei der Zementplattenfabrikation	4,20	3,90	4,30	4, —	4,40	4,10	4,50	4,20	27	25	28	26	29	27	30	28
6	Gärtnergehilfen	4,40	4,10	4,50	4,20	4,60	4,30	4,70	4,40	28	26	29	27	30	28	31	29
7	Maschinengehilfen und Heizer	4,50	4,20	4,60	4,30	4,70	4,40	4,80	4,50	28	26	29	27	30	28	31	29
8	Platzmeister auf den Distriktslagern, Lagermeister, händige Vorarbeiter des Hochbauwesens	—	—	—	—	—	—	—	—	29	27	30	28	31	29	32	30
9	Pontonswärter und Wärter der elektrischen Beleuchtungsanlage am St. Pauli Fischmarkt	—	—	—	—	—	—	—	—	29		30		31		32	
10	Lagermeister beim Sielbetrieb	—	—	—	—	—	—	—	—	29		30		31		32	
11	Stelwärter, Sielwärterassistent, Mohrleger	4,80		4,90		5, —		5,10		31		32		33		34	
12	Schleusenwärterassistenten	—	—	—	—	—	—	—	—	31		32		33		34	
13	Barlaffenführer, Steuerleute, Arbeiter bei der Materialprüfung, Vorarbeiter bei der Zementplattenfabrikation, Gärtner	—	—	—	—	—	—	—	—	31	29	32	30	33	31	34	32
14	Zweite Maschinisten, Maler, Schlosser, Schmiede	5, —	4,70	5,10	4,70	5,20	4,80	5,30	4,90	31	29	32	30	33	31	34	32
15	Schneider, Wogenlampenwärter	5, —		5,10		5,20		5,30		31		32		33		34	
16	Steinfegerarbeitsleute	5,10	4,70	5,20	4,80	5,30	4,90	5,40	5, —	32	30	33	31	34	32	35	33
17	Steinfeger	5,50	5,10	5,60	5,20	5,70	5,30	5,80	5,40	34	32	35	33	36	34	37	35
18	Fischer, Stellmacher, sonstige Holzarbeiter	5,50		5,60		5,70		5,80		34		35		36		37	
19	Hewiergärtner, erste Maschinisten	—	—	—	—	—	—	—	—	34	32	35	33	36	34	37	35
20	Steinhauer	—	—	—	—	—	—	—	—	34	32	35	33	36	34	37	35
21	Steinfegerpottmeister und Steinlagerpottmeister	6,20	5,80	6,30	5,90	6,40	6, —	6,50	6,10	38	36	39	37	40	38	41	39
22	Maurer, Zimmerer	6,50	6,10	6,60	6,20	6,70	6,30	6,80	6,40	38	36	39	37	40	38	41	39
23	Wertmeister, Werkführer der Handwerker, Abteilungsleiter	—	—	—	—	—	—	—	—	41	39	42	40	43	41	44	42

*) Vom Beginn der Beschäftigung in der betreffenden Lohnklasse ab gerechnet.

Ferner hätten auch die Wartezeiten hinsichtlich der Alterszulagen abgekürzt werden müssen. Auch insofern ist der alte Lohn- tarif kopiert worden, nämlich 10 Pf. pro Tag mehr nach je zwei Jahren. Pro Jahr 15 Mk. Lohn mehr! Das ist dann eine „Lohn- erhöhung“ und zugleich und besonders abseits des Staates den Arbeitern gegenüber eine Anerkennung für getreues Ausharren im Dienste des Staates! Und ob dieser „Wohlthat“ für die Arbeiter nun die in Frage stehenden Verwerfer des Staates sich nicht wenig freuen!

Anerkennenswert ist die Einführung der Wochenlöhne. Diese sind auch konsequent gedacht. Der volle Wochenlohn soll, wie es in den allgem. Bestimmungen heißt, gezahlt werden für jede Woche, in der gearbeitet wird. Wenn also z. B. jemand auch nur eine Stunde gearbeitet hat, soll ihm doch der für die betreffende Woche fällige ungekürzte Lohn werden. Und ferner soll den Wochen- lohnern, wenn sie an Feiertagen, die auf Werktage fallen, arbeiten, diese Arbeitsleistung besonders, also als Ueberstundenarbeit zu ihrem Wochenlohn vergütet werden. Anders ausgedrückt: An einem solchen Feiertag doppelter Tageslohn und 25 Proz. Zuschlag für einen Tageslohn. In beiderlei Beziehung eine wesentliche Verbesse- rung des Lohnverhältnisses.

Die regulären Lohnzulagen, die erhöhten Löhne gegenüber den bisherigen, tatsächlich im einzelnen gezahlten Löhnen, sind in den Wochenlohntafeln enthalten. Tageslohnarbeiter, die nicht mindestens drei Jahre im Dienst sind und demzufolge noch nicht in Wochen- lohn kommen, erhalten also keinen höheren Lohn. Der höchste Wochenlohn und damit die größte Lohnzulage wird nach neun Dienstjahren erreicht. Bei der gegenwärtigen Feststellung der Löhne soll jedem Arbeiter diejenige Dienstzeit angerechnet werden, welche er in der Arbeiterkategorie, der er angehört, zurückgelegt hat. Dabei können gegenwärtig aber immer noch große Lücken unterlaufen. So z. B. würde ein Steinfeger, welcher schon über neun Jahre als Hammer beschäftigt war und im letzten Jahre Steinfeger geworden ist, jetzt den niedrigsten Steinfegertageslohn von 5,50 Mk. erhalten, hingegen er als Hammer einen Wochenlohn von 35 Mk. bekommen haben würde. Hier einen gerechten, für alle solche Fälle gleich-

mäßigen Ausgleich zu finden, wird Sache der Verwaltungen sein müssen. Zukünftig werden solche Fälle bei sinnemäßer Auslegung der Bestimmungen des Lohn- tarifs nicht mehr vorkommen können.

Nehmen wir einerseits die Arbeiterschaft und andererseits den Lohn- tarif als Ganzes, so bringt dieser Lohn- tarif trotz aller seiner Mängel einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung der Lohnverhältnisse und auch hinsichtlich der Verbesserung der mate- riellen Lage der Arbeiter. Nachdem nun auch die Baudeputation, Sektion 1, Wochenlöhne generell eingeführt hat, fehlen in dieser Hinsicht von den Verwaltungsbehörden des hamburgischen Staates nur noch die Rahrverwaltung und die Friedhofverwaltung. 82.

Unfallfürsorge für Beamte und Arbeiter in Frankfurt a. M.

Eine Vorlage des Magistrats zu Frankfurt a. M. betr. die „Unfallfürsorge für die städtischen Beamten und Arbeiter“ erlärte in ihrer Begründung, daß schon im Jahre 1880 eine gleiche Vorlage zur Verabschiedung gekommen sei, aber nicht in Kraft getreten wäre, weil die Regelung in der Praxis zu Schwierigkeiten ge- führt, die Grenzen flüchtig gewesen seien zwischen Beamten und Be- diensteten usw. Nachdem aber durch das Anwachsen der städtischen Verwaltung, durch Erweiterung und Vermehrung der mit größeren Unfallgefahren verbundenen städtischen Betriebe, Krankenanstalten, wissenschaftliche Institute, Laboratorien usw. die Unfallmöglich- keit in allen Verwaltungszweigen erheblich gesteigert sei, könne sich die Stadt nicht mehr der Möglichkeit entziehen, eine ausreichende Fürsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen der im Dienste erlitte- nen Unfälle zu schaffen.

Diente sei nur eine beschränkte Anzahl von Beamten und Ar- beitern auf Grund der Reichs-Unfallversicherung versichert. Mit einer beschränkten Zahl von Beamten (nur die gutbezahlten, höheren Be- amten d. V.) seien Versicherungen mit Privatgesellschaften abge- schlossen. Wesentlich seien aber auch in den unfallversicherungs- pflichtigen Betrieben der Stadt nur die Arbeiter, nicht aber die Betriebsbeamten und Techniker mit einem Gehalt von über 8000

Markt versichert. Ja, es läme vor, daß in ein- und demselben Betriebe Angestellte versichert und nicht versichert seien. Von den Vertretern der Arbeiterschaft im Stadtparlament wurde die Vorlage an sich begrüßt, die endlich nach so langen Jahren wieder aus ihrem Versteck käme, da es sich ja nur — um Arbeiter usw. handele. Daß aber diejenigen Arbeiter in städtischen Betrieben im Falle eines Unfalles viel übler als die Beamten dran seien, da sie nicht einmal Anspruch auf Pension haben. Man habe nur der ständigen, nicht aber der unständigen Arbeiter gedacht. Wie sehr aber dann diese unständigen und auch schlechter gelebten Arbeiter im Falle eines Unfalles sich stellen, wenn sie überhaupt gegen Unfall versichert sind, beweise schon die Vorlage, welche folgende Sätze vorsehe:

Pension			Witwen- rente	Waisenrente für jede Waise	Rente an bedürftige 1. Nischen- bedienten 2. Enkel	Höchst- gesamt- quote der Hinter- bliebenen Renten
bei dauernd der Dienst- unfähigkeit bzw. völliger Erwerbs- unfähigkeit	bei teil- weiser Er- werbs- unfähigkeit	bei Stills- taltung				
a) 75 Proz.	bis zu a) 75 Proz.	bis zu a) 100 Proz.	c) 30 Proz.	a) 20 Proz.	a) je insgesamt 20 Proz.	a) 75 Proz.

a) nach den Unfallfürsorgebestimmungen, b) nach den Pensionbestimmungen, c) nach den Hinterbliebenen-Fürsorgebestimmungen, vom Jahresdiensteinkommen.

ohne Rücksicht auf das Dienstalter

„Die Höhe der Belastung,“ heißt es weiter, „welche der Stadt aus dieser Regelung erwächst, läßt sich zuverlässig im voraus nicht feststellen. Nach den bisherigen Erfahrungen kommen schwerere Unfälle selten vor. Die Höhe der Entschädigung im einzelnen wird sich daher voraussichtlich in mäßigen Grenzen halten, zumal die zu überrückende Fürsorge nur eine sekundäre ist und in der Regel neben und in der Ergänzung der schon bestehenden gesetzlichen und städtischen Fürsorge besteht wird. Die hiernach wohl nicht erhebliche Last wird aber durch den Gewinn, welcher der Stadt aus einer ausreichenden Sicherstellung ihrer Angestellten gegen die wirtschaftlichen Folgen von Unfällen in dienstlicher Beziehung erwachsen wird, reichlich aufgewogen werden.“

Man beachte, daß nach der Vorlage der volle Lohn und Gehalt der Rente zugrunde gelegt werden wird, während die versicherten Arbeiter im Falle eines Unfalles den Lohn nur in Höhe von 1500 M. voll und der überschüssende Teil, sofern er überhaupt vorhanden ist, nur zu einem Drittel berechnet wird und dann wieder die Witwenrente nur 60% der berechneten Lohnsumme ausmachen darf, während die Vorlage 75 Proz. des ganzen Gehaltes oder Lohnes vorsehe. Auch bei der Hinterbliebenenrente mache sich dies sehr fühlbar, da außerdem auch die Gesamtrenten bis zu 75 Proz. steigen, während das Unfallversicherungsgesetz nur 60 Proz. zulasse, die Witwenrente nur 20 Proz. dort betrage, die Stadtgemeinde jedoch 30 Proz. vorsehe, auch für die Kinder die Rente bis zum 16. Lebensjahre statt dem 15. Lebensjahre gezahlt würde.

Zugleich wird von allen Rednern des Magistrates, daß die ganze Vorlage liberal gegen die Bediensteten angewendet würde und die Differenz zwischen staatliche Unfallrente und die in der Vorlage genannten Sätze gern ausgegahlt würden. Daß man leider nur die ständigen und nicht auch die unständigen Arbeiter berücksichtigen könne, liege an der Gesetzgebung usw. Schöne Worte. Die Praxis wird zeigen, ob das nachstehend abgedruckte Negativ auch wohlwollend Anwendung findet. Unsere Genossen werden darüber zu wachen haben.

Regulativ betreffend Unfallfürsorge für städtische Beamte, welche nicht in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, für städtische Angestellte, Bedienstete und Arbeiter, sowie für Lehrer.

§ 1. Es wird in Aussicht genommen, die Bestimmungen des Erbschaftsteuergesetzes vom . . . betr. Unfallfürsorge für städtische Beamte, welche in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, auch auf alle anderen im Dienst der Stadt dauernd beschäftigten Personen, die bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes einen Unfall erleiden, sowie auf deren Hinterbliebenen entsprechend anzuwenden, ohne daß jedoch hierdurch ein Rechtsanspruch begründet werden soll, mit der Maßgabe, daß

1. die Rente für jedes Kind hängiger Arbeiter und der Feuerwehmannschaften bis zum Ablauf des Viertelsjahres gezahlt wird, in welchem es das 16. Lebensjahr vollendet;

2. der Unfallverletzte oder seine Hinterbliebenen etwaige Ansprüche wegen des Unfalles gegen die im § 10 des Reichs-Unfallversicherungsgesetzes vom 18. Juni 1901 (M.G.B. S. 211) bezeichneten Personen und gegen andere Entschädigungsverpflichtete der Stadt in Höhe der städtischen Leistungen zuvor abzutreten haben;

3. die Zahlungen der Stadtgemeinde nur ergänzend neben die den beteiligten Personen oder ihren Hinterbliebenen etwa a) aus

der Krankenversicherung, aus der Reichsunfall-, oder Invaliden- und Altersversicherung, b) gesetzlich oder vertraglich auf Grund von Zahlungen, welche die Stadtgemeinde für die Betroffenen aufbringt, zustehenden Leistungen treten und die betreffenden Personen ihre Ansprüche zu a) und b) auf Verlangen des Magistrats mit allen gesetzlichen Mitteln verfolgen oder dem Magistrat die Verfolgung übertragen müssen;

4. die Bestimmungen betr. Dienstunfälle bei der Berufsfeuerwehr vom 23. März 1906, auch fernerhin Anwendung finden, sofern diese den betreffenden Personen günstiger sind.

§ 2. Auf Personen, welche ein Kommunalamt nur als Nebenamt oder als Nebentätigkeit ausüben oder ein Kommunalamt führen, das seiner Art oder seinem Umfange nach nur bis eine Nebentätigkeit anzusehen ist, auch wenn sie eine Entschädigung dafür erhalten, finden vorstehende Vorschriften nur insoweit Anwendung, als der Magistrat dieses besonders beschließt.

§ 3. Soweit Angestellte und Arbeiter kein festes Jahresgehalt oder keinen festen Jahreslohn beziehen, finden auf die Berechnung des Diensteinkommens die Arbeiterpensionsbestimmungen entsprechende Anwendung.

§ 4. In den Grenzen vorstehender Bestimmungen ist der Magistrat zur widerruflichen Gewährung von Pensionen oder Renten ermächtigt.

Die Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Berliner Gemeindebetrieben.

Eines der traurigsten Kapitel der Berliner kommunalen Arbeiterpolitik ist die völlige Rechtlosigkeit der Arbeiter. Der Fall, daß ein Arbeiter bei einer Beschwerde gegen einen Vorgesetzten Recht bekommen hätte, dürfte zu zählen sein. Die unteren Verwaltungen huldigen dem Prinzip, aus Autoritätsgründen niemals einem Vorgesetzten Unrecht zu geben. Das würde ja die Autorität des betreffenden Vorgesetzten untergraben. Die Herren bedenken nicht, daß sie damit das Gegenteil erreichen. Der Glaube an die Gerechtigkeit der Vorgesetzten wird total untergraben. Die Auffassung, daß die Arbeiter den Machtgelüsten ihrer Vorgesetzten schußlos preisgegeben sind, ist in den städtischen Betrieben so allgemein, daß die Arbeiter in den meisten Fällen gar nicht mehr den Mut zu einer Beschwerde haben. Mislieren sie doch damit tödlicher, in kürzester Zeit ihre Stellung zu verlieren. Beschwerden an die Deputationen und an den Magistrat sind ebenfalls völlig aussichtslos. Diese Körperlichkeiten hängen sich bei ihren Untersuchungen und Entscheidungen auf die Darstellungen und Gutachten der oben gekennzeichneten Verwaltungen. Die Beschwerden gehen zur Erledigung an die untere Behörde, die vielfach mit derjenigen, über die Beschwerde geführt wird, identisch ist. Das Resultat einer derartigen parteiischen Untersuchung ist klar. Der Arbeiter wird mit seiner Beschwerde abgewiesen, oder, wie es im Magistratsrat dann heißt: „Wir haben keine Veranlassung gefunden, in den Anordnungen der pp. Verwaltung eine Änderung eintreten zu lassen.“

Zu den Verwaltungen, in denen diese Willkür besonders kraft in die Erscheinung tritt, gehört in erster Linie die Parkverwaltung. Daß alle Arbeiter entlassen werden, um an deren Stelle Günstlingen und Freunden einflussreicher Personen Beschäftigung zu geben, gehört zu den Alltäglichkeiten, so daß die Arbeiter dies schon als etwas „Gottgegebenes“ hinnehmen.

Beschwerden gehen den üblichen Weg mit dem üblichen negativen Resultat. Ein Akt geradezu empörender Ungerechtigkeit, der verdient, in der Öffentlichkeit an den Pranger gestellt zu werden, hat sich jüngst im Schillerpark abgespielt. Dort war der Arbeiter C. als Wächter beschäftigt. Er unterstand mit einer Anzahl Kollegen dem Gärtner R., welcher die Kontrolle der Wächter ausübte. Dieser R. ließ es sich nun angelegen sein, die Wächter auf alle mögliche Art und Weise zu schikanieren. R. ist nebenbei Alkoholiker und war bei seinen Kontrollen ständig betrunken. Auf den Wächter C. hatte er es speziell abgesehen. C. war Zeuge verschiedener Ungeheuerlichkeiten des R. gewesen, auch war ihm bekannt, daß R. verschiedentlich „mein und dein“ in bezug auf städtische Materialien verwechselt. R. versuchte den ihm unbequemen C. los zu werden. Er scheute zu diesem Zwecke vor falschen Meldungen nicht zurück, und — er erreichte auch sein Ziel. C. wurde von seinem Kollegen Lohnausfall. C. wandte sich beschwerdeführend an die weiteren Vorgesetzten; natürlich erfolglos. C. richtete nunmehr ein sehr höfliches Schreiben an den Herrn Gartendirektor Prober, worin er um eine Untersuchung seiner Angelegenheit bat. Diese Verwegenheit kostete dem C. die Stellung. Wohl fanden protokolllarische Vernehmungen statt. Hierbei scheint aber sehr eigenartig vorgegangen zu sein. Bei der Vernehmung des einen Zeugen stellte der protokollierende Beamte, Gärtner Fischer, dem C. selbst

das Zeugnis eines nüchternen, klüchtigen Menschen aus; derselben Meinung war auch der Zeuge. Trotzdem fand sich im Protokoll später dessen Aussage, daß sich G. dem A. gegenüber ausfallend benommen habe. Der Zeuge bestreitet noch heute, diese Aussage gemacht zu haben, da sie nicht den Tatsachen entspricht. Man wird es verständlich finden, wenn G. über solche Dinge aufgebracht war. Alle Bemühungen um seine Rehabilitierung waren erfolglos. Im Gegenteil, der Obergärtner W. e. h. stellte ihm sogar noch ein Zeugnis aus, das dem G. in seinem Fortkommen hindern muß. Es heißt nämlich darin: „Seine Leistungen entsprachen nicht den gestellten Anforderungen. Neben die Führung ist Nachteiliges nicht bekannt.“ Und das, obwohl G. etwa 1 Jahr seinen Posten versehen, und trotz der Neukennung des Herrn Fischer.

G. machte nun einen letzten Versuch, um zu seinem Recht zu kommen. In einem längeren Schreiben appellierte er an den Vorsitzenden der Parteideputation, Herrn Bürgermeister Dr. Reide. In der Hand von Aussagen seiner Arbeitskollegen, die sich bereit erklärten, eventuell auch an Gerichtsstelle ihre Aussagen zu wiederholen, stellte G. fest, daß das Protokoll nicht mit den wirklichen Aussagen im Einklang stehe; weiter, daß der Kontrolleur A. beim Kontrolldienst stets betrunken war, falsche Meldungen erstattete, Meldungen der Wächter zu unterdrücken suchte, und obendrein auch noch die Verwaltung bestohlen habe; also ein Mensch war, der zu seinem Posten so ungeeignet wie möglich war und in dessen Hände die Wächter gegeben waren. Diese Angaben scheinen nach einer Richtung gefälscht zu haben. A. wurde zwar nicht entlassen, mit dieser Möglichkeit hat nur ein ehrlicher, um sein Recht kämpfender Arbeiter zu rechnen, sondern seines Postens als Kontrolleur entlassen. Dem G. wurde der Bescheid, daß, soweit seine Beschwerden auf Wahrheit beruhten, Abhilfe geschaffen sei. Er habe sich jedoch erlaubt, zum Ausdruck zu bringen, daß in seinem Falle seitens der Vorgesetzten einseitig vorgegangen sei. — Was im übrigen den Tatsachen entspricht. Es bleibe daher bei der Entlassung!

Also hier wird zugegeben, daß Mißstände bestanden. Die Verschickung des A. ist ein Beweis seiner Unfähigkeit für diesen Posten. Trotzdem gegen den A. schwere Beschuldigungen erhoben wurden, ist man gegen den G. nicht klagbar geworden. A. arbeitet heute noch. Hat A. vielleicht einen zu tiefen Einblick in das Treiben verschiedener Herren getan? Es ist also festzustellen, daß die Gründe, die zur Entlassung des G. von seinem Posten führten, unzutreffend waren, daß das Protokoll, sagen wir mal, nicht mit den wirklichen Aussagen übereinstimmte. Die Behörde gibt die Berechtigung der Beschwerden zu, aber die Autorität muß gewahrt werden. Der Urheber der ganzen Dinge bleibt in Rot und Lohn, während das Opfer seiner Willkür rücksichtslos auf das Pflaster geworfen wird. Muß da die Arbeiterschaft nicht irre werden, wenn in so ungeschwieblicher Weise Recht und Billigkeit mit Füßen getreten werden?

G. Polenske.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

II. Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Weber in der Anzahl noch in dem Umfang der Arbeitskämpfe — Streiks und Aussperrungen — haben sich gegenüber dem Vorjahre wesentliche Veränderungen ergeben. Es fanden statt 2045 Kämpfe, an denen 131 244 Personen beteiligt waren; im Jahre 1908 betrug die Zahl der Kämpfe 2062 mit 126 883 Beteiligten. Die Zahl der Kämpfe hat sich um 7 verringert und die Ziffer der Beteiligten um 4361 = 3,4 Proz. erhöht. Diese Veränderungen sind so unerheblich, daß sie zu einer abweichenden Beurteilung der Verhältnisse nicht dienen können. Gleich wie im Jahre 1908 waren auch im Berichtsjahre die Kämpfe in ihrer Mehrheit nach den daran beteiligten Personen von geringem Umfange, es entfielen auf jeden Kampf im Durchschnitt 64 Beteiligte.

Von den 2045 Arbeitskämpfen waren Angriffstreiks 832 = 40,7 Proz., Abwehrstreiks 1007 = 49,2 Proz. und Aussperrungen 206 = 10,1 Proz. Im Jahre 1908 fanden dagegen statt: 678 Angriffstreiks = 33,1 Proz., 1117 Abwehrstreiks = 54,1 Proz. und 250 Aussperrungen = 12,5 Proz.

Das prozentuale Verhältnis der Angriff- und Abwehrstreiks und der Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 etwas verändert. Die im Vorjahre enorm gestiegene Zahl der Abwehrstreiks ist zurückgegangen, allerdings nicht in dem Maße, daß die Tendenz des Unternehmertums, die Zeiten wirtschaftlicher Depression zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, zu verkennen wäre. Denn trotz ihres Rückganges überwiegen die Abwehrstreiks an Zahl noch ganz bedeutend die Angriffstreiks, obwohl bei letzteren eine Vermehrung eingetreten ist. Auch die Zahl der Aussperrungen hat sich verringert.

An den 832 Angriffstreiks des Jahres 1909 waren 54 030 Personen beteiligt. In 517 Fällen mit 35 893 Beteiligten wurde gekämpft, um Lohnerhöhungen zu erreichen. Wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung fanden 203 Streiks mit 15 637 Beteiligten statt. 22 Streiks mit 360 Beteiligten wurden geführt um Verkürzung der Arbeitszeit allein. Der Ausgang der Angriffstreiks war günstiger als der im Jahre 1908 geführten; es endeten erfolgreich: 454 = 54,6 Proz. mit 27 350 Beteiligten = 50,6 Proz., teilweise erfolgreich: 173 = 20,8 Proz. mit 14 547 Beteiligten = 26,8 Proz. und erfolglos: 173 = 20,8 Proz. mit 9185 Beteiligten = 17,0 Proz.

Die Abwehrstreiks haken sich gegen das Jahr 1908 um 110 vermindert, jedoch ist die Zahl der daran Beteiligten um 6300 gestiegen; es waren an den 1007 Abwehrstreiks des Jahres 1909 42 700 Personen beteiligt. Die Steigerung der Beteiligtenziffer ist auf den vom Vergarbeiterverband im Mansfelder Revier durchgeführten Abwehrstreik, an welchem 8149 Personen beteiligt waren, zurückzuführen. Dieser Kampf entbrenn sich durch fortgesetzte Maßregelungen der Vertrauensleute des Verbandes und mußte nach sechswochiger Dauer leider erfolglos beendet werden.

Von den Abwehrstreiks des Jahres 1909 wurden 490 mit 17 030 Beteiligten geführt, um Lohnreduktionen abzuwehren. In 181 Fällen mit 13 221 Beteiligten fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. 20 Streiks waren notwendig, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren; daran waren 445 Personen beteiligt. In 21 Fällen mit 550 Beteiligten mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden. Von den insgesamt stattgefundenen Abwehrstreiks endeten erfolgreich: 593 = 58,9 Proz. mit 18 550 Beteiligten = 43,4 Proz., teilweise erfolgreich: 123 = 12,2 Proz. mit 8046 Beteiligten = 18,8 Proz. und erfolglos: 243 = 24,1 Proz. mit 14 718 Beteiligten = 34,5 Prozent. Der Prozentsatz der erfolgreichen Streiks hat sich gegen das Jahr 1908 von 47,0 auf 58,9 erhöht.

Im Jahre 1909 wurden seitens der Unternehmer 206 Aussperrungen vollzogen. Im Vorjahre fanden dagegen 237 statt, so daß eine Verminderung der Aussperrungsfälle um 51 = 19,8 Proz. eingetreten ist. In einem noch härteren Verhältnis ist die Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Arbeiter gegenüber dem Jahre 1908 zurückgegangen. Während 1908 an den Aussperrungen 60 576 Personen beteiligt waren, erstreckten sich die des Jahres 1909 nur auf 34 404 Personen. Es ist demnach eine Abnahme der Beteiligtenziffer um 26 082 = 43,1 Proz. erfolgt.

Unter den Aussperrungen des Jahres 1909 ragt besonders die von den Bauunternehmern Hamburgs und Umgegend vollzogene Aussperrung der Bauarbeiter durch ihren Umfang hervor. An dieser Aussperrung waren 16 Verbände durch ausgesperrte Mitglieder beteiligt und wurden insgesamt 10 000 Personen betroffen. Die Aussperrung wurde unternommen, um den Maurerverband zur Aufgabe eines Lohnkampfes zu zwingen. Die Unternehmer erreichten jedoch nicht das gewünschte Ziel, die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter, und mußten schließlich, um eine Beendigung des Kampfes herbeizuführen, Lohnerhöhungen bewilligen.

Ihren Ursachen nach verteilen sich die Aussperrungen des Jahres 1909 folgendermaßen:

In 43 Fällen mit 3060 Beteiligten lagen denselben Forderungen der Arbeiter zugrunde. Wegen Nichtannahme verschiedener Arbeitsbedingungen wurden 42 Aussperrungen verhängt, die sich auf 4957 Personen erstreckten. In 17 Fällen mit 7911 Beteiligten war ein Angriffstreik und in 12 Fällen mit 4408 Beteiligten ein Abwehrstreik die Ursache der Aussperrungen, 16 Aussperrungen, an welchen 324 Personen beteiligt waren, dienten dem Koalitionsraub. Wegen Verweigerung von Streikarbeit wurden 6 Aussperrungen verhängt, woran 524 Personen beteiligt waren. Aus Anlaß der Waisfeier fanden 25 Aussperrungen statt, die 6983 Personen in Mitleidenschaft zogen. Von den Aussperrungen insgesamt endeten für die Arbeiter erfolgreich: 85 = 41,8 Prozent mit 10 009 Beteiligten = 31,0 Proz., teilweise erfolgreich: 32 = 15,5 Proz. mit 11 502 Beteiligten = 33,3 Proz. und erfolglos: 69 = 33,5 Proz. mit 6260 Beteiligten = 27,0 Proz. Der Prozentsatz der erfolgreich beendeten Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 um das Doppelte von 21,0 auf 41,8 erhöht, und noch günstiger liegt das Verhältnis bei den an diesen Aussperrungen Beteiligten.

Von den Kämpfen insgesamt endeten erfolgreich: 1132 = 55,4 Prozent mit 56 917 Beteiligten = 43,4 Proz., teilweise erfolgreich: 328 = 16,0 Proz. mit 31 005 Beteiligten = 25,9 Proz. und erfolglos: 485 = 23,7 Proz. mit 33 263 Beteiligten = 25,3 Proz. 51 Kämpfe mit 4139 Beteiligten waren am Jahresabschluß nicht beendet und von 49 blieb der Ausgang unbekannt, an letzteren waren 2020 Personen beteiligt. Gleich wie die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung endeten auch die Arbeitskämpfe günstiger als die im Jahre 1908 geführten.

In den Kämpfen waren 46 Verbände beteiligt; davon hatten mehr als 50 Kämpfe folgende Verbände durchzuführen: Maurer 483, Holzarbeiter 280, Bauhilfsarbeiter 224, Metallarbeiter 208, Zimmerer 134, Fabrikarbeiter 97 und Transportarbeiter 71. Das sind zusammen 1447 Kämpfe = 70,8 Proz. der Gesamtzahl. Auf die übrigen 30 Verbände entfallen 598 Kämpfe = 29,2 Proz. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe zu stehen folgende Verbände: Maurer 24827, Holzarbeiter 18221, Bauhilfsarbeiter 15161, Metallarbeiter 13927, Bergarbeiter 9410, Fabrikarbeiter 7072, Zimmerer 6930, Schneider 5801 und Textilarbeiter 5485. Von diesen 9 Verbänden waren zusammen 106831 Personen = 81,4 Proz. der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt.

Die Ausgabe für die Kämpfe betrug insgesamt 5934 453 M., und wurden von dieser Summe 5908 144 M. aus den eigenen Mitteln der Verbände geleistet. Von der Ausgabe entfielen auf die Angriffskämpfe 2293 817 M., auf die Abwehrkämpfe 1740 444 M. und auf die Aussperrungen 1793 930 M. Es wurden im Jahre 1909 1457 414 M. mehr für die Durchführung der Arbeitskämpfe ausgegeben als 1908. Auf jeden an den Kämpfen des Jahres 1909 Beteiligten entfiel eine durchschnittliche Unterstützungssumme von 45,22 M. 1908 betrug die Durchschnittssumme nur 35,28 M. Die ziemlich bedeutende Steigerung des Anteils pro Beteiligten ist ein Beweis dafür, daß die Kämpfe des Jahres 1909, in ihrer Mehrheit, von längerer Dauer als wie im Vorjahre gewesen sind.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 121 171 der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug insgesamt 2247 512 Tage. Davon entfielen auf die männlichen Personen 2148 090 und auf die weiblichen Personen 99 422 Tage. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug bei den männlichen Personen 10 069 827 Mark und bei den weiblichen Personen 168 108 M., zusammen 10 237 935 M. Von den insgesamt an den Kämpfen beteiligten Personen waren 109 882 männliche und 6402 weibliche in den Streiklisten eingetragen. Von diesen eingetragenen Personen gehörten bei Beginn der Kämpfe 94 024 männliche und 4846 weibliche Personen der Organisation an.

Von den am Schluß des Jahres beendet gewesenen Kämpfen wurden 1434 = 68,5 Proz. durch Vergleichsverhandlungen beendet.

• Notizen für Gasarbeiter •

Berlin. Die Arbeiter der Gasanstalt Schwargendorf hielten am 12. September eine Versammlung ab. Genosse Unger referierte über: „Das Instrument des Herrn und die Volksrechte“. Kollege Krietsch erstattete den Bericht über die Sitzung des Arbeiterausschusses, in der unsere Vobnanträge wie auch die Reorganisation des Arbeiterausschusses verhandelt wurden. Unter Betriebsangelegenheiten wurde das Ueberstundenschieben der Maurer beim Gasenbau scharf verurteilt. Diese Frage wurde auch in der Ausschüttung behandelt. Der Dirigent erklärte, daß er die Leistung der Ueberstunden nicht anordne. Der Polier habe angegeben, daß die Maurer sich selbst anbieten, um Ueberstunden machen zu dürfen. Das trifft auch auf einen Teil der Kollegen zu. Die nicht Willfähigen werden gezwungen, Ueberstunden zu arbeiten, sonst können sie im Winter auf den Hof gehen. Der Dirigent erklärt, den Maurern, die freiwillig die Ueberstunden leisten, brauche der Zuschlag nicht gezahlt werden. Dann müsse nach seiner eigenen Anschauung der durch die Bemerkungen des Poliers zwangsweise angehaltene Teil der Kollegen doch den Zuschlag bekommen. Das sei aber bisher nicht geschehen. Der Rechtsstandpunkt des Dirigenten ist, nebenbei bemerkt, ein unhaltbarer. Bittere Klagen wurden auch über die Wirtschaft in der Kantine geführt. Etwas energische Selbsthilfe könnte hier nichts schaden. Verdorrene Fleisch und Wursthwaren, falls sie verabreicht werden, müssen eben einmal den Berichten übermittelt werden.

Gieselerburg. Der Magistrat hat kürzlich beschlossen, die Gasfernheizung in der gesamten Stadt einzuführen. Versuche, die bereits seit längerer Zeit stattfanden, sollen die praktische Verwendbarkeit der Fernheizung erweisen haben. Die Vorteile dieser neuen Einrichtung liegen einmal in einer erheblichen Gasersparnis, da das Anzünden der Laternen genau mit dem Eintritt der Dunkelheit erfolgen kann, während bisher die Laternenwärter schon eine halbe Stunde vor Eintritt der Dunkelheit mit dem Anzünden beginnen mußten. Die Gasersparnis ist auf etwa 101 600 Kubikmeter, die 6276 M. kosten, berechnet worden. Dann kann die Fernheizung mit erheblich geringeren Arbeitskräften bedient werden. Es ergibt sich daraus eine Lohnersparnis von 74 450 M. Endlich wird infolge der ohne Erschütterung erfolgenden Zündung der Verbrauch an Gasförpfern herabgemindert. Die einmaligen Kosten der Anlage belaufen sich auf 174 000 M. Die freizubehaltenden Arbeitskräfte sollen anderweitige Verwendung in der Stadtverwaltung finden.

• Aus den Stadtparlamenten •

Halle a. S. Wir haben feinerzeit über die Entlassung unseres Kollegen Lorenz berichtet, der bereits mehrere Jahre in Diensten der Stadt stand und allerseits gute Zeugnisse erhielt. Das geschah, wie sich herausstellte, auf Beschluß des Magistrats und in Abwesenheit des zuständigen Dezernenten. Der Gemahregelte ist Vorsitzender unserer Filiale und hat viel zum Emporblühen seiner Gewerkschaft getan. Es blieb keine andere Wahl als anzunehmen, daß seine Betätigung des geschildert gewährleisteten Koalitionsrechtes den Grund der Entlassung bildete. So war es denn auch, wie in der letzten Sitzung der Stadtverordneten bestätigt wurde. Unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung brachten eine Interpellation an den Magistrat ein, worin gefragt wurde, ob der Magistrat das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter anerkenne und welche Maßnahmen er zu dessen Schutze ergreifen wolle. Zur Beantwortung der Interpellation nahm der Oberbürgermeister Dr. Rive selbst das Wort. Er führte aus: „Der Gemeindearbeiterverband ist eine sozialdemokratische Organisation, die dem „Arbeitgeber“ — in diesem Falle der Stadt — genau so feindlich gegenübersteht wie die Sozialdemokratie der heutigen Gesellschaft. Der Verband vertritt somit eine Richtung, die unvereinbar ist mit den Interessen der Kommune und der Staatsordnung. Die Sozialdemokratie hat kein Recht, sich als Hüterin des Koalitionsrechtes aufzuspielen. Es gibt keine größere Feindin des Koalitionsrechtes als die Sozialdemokratie! Für sie ist das Koalitionsrecht der Arbeiter gleichbedeutend mit der Koalitionspflicht. Ihre Anhänger schikanieren Andersdenkende aufs grausamste. Ein freijünger Arbeiter wird von ihnen gequält und geplagt und schließlich zur Verzweiflung getrieben. Eine Partei, die in gedachter Weise das Koalitionsrecht gewohnheitsgemäß mißbraucht, hat kein Recht, anderen Vorhaltungen zu machen oder mit Fragen lästig zu fallen.“ Diese Worte gebrauchte der freijünger Oberbürgermeister von Halle im nämlichen Augenblick, als er sein Einverständnis damit erklärte, daß ein Familienvater seiner politischen Ueberzeugungen wegen aus städtischen Diensten gejagt und brotlos gemacht wurde. Außerdem war die Scharfmacherei an eine Versammlung gerichtet, die auf Grund des schmachvollen Terrors der öffentlichen Wahl zusammengesetzt ist. Der Arbeiter ist nicht nur von jeder Beschäftigung in städtischen Betrieben ausgeschlossen, sondern ihm wurde von städtischen Oberbeamten erklärt, daß ihm das in manchen privaten Betrieben auch so ergehen werde! Also Achtung des Arbeiters, der es gewagt hat, sein Koalitionsrecht auszuüben, in einer Kommune, wo das liberale Pfahlbürgertum das Regiment führt! Da Oberbürgermeister Rive gleichzeitig Polizeichef ist, braucht man sich über den Polizeisturz in Halle wahrhaftig nicht zu wundern.

Neukadt a. d. Harz. In der letzten Stadtratsitzung voriger Woche wurde durch den Stadtrat beschlossen: 1. den Arbeitern, welche verheiratet sind oder einen eigenen Haushalt haben, unter Beschränkung auf zwei Monate die Differenz zwischen Krankengeld und Gehalt zu vergüten, sofern der betr. Arbeiter mindestens drei Jahre bei der Stadt ist. Die gleiche Vergütung wird drei Monate gewährt, wenn der Arbeiter mindestens fünf Jahre bei der Stadt beschäftigt ist; 2. den Arbeitern mit dreijähriger Dienstzeit vier Tage Urlaub zu gewähren. Dieser steigt jedes weitere Dienstjahr um einen Tag bis zu zehn Tagen. Ferner folgende Ergänzung: 1. Der Urlaub soll nur bis zur Höchstgrenze von acht Tagen bemessen werden. 2. Bei Krankheiten, die durch Trunkenheit verursacht sind und bei Geschlechtskrankheiten ist der betreffende Arbeiter nicht zum Bezug der Unterstützungsgelder berechtigt. Wer mehr als 20 Mk.rente bezieht, ist ebenfalls hiervon ausgeschlossen.“ Man mag noch so wohlwollend den Beschlüssen der Stadtväter folgen, die Urlaubszeit und auch die Differenz in Krankheitsfällen ist ja lobenswert — allen den Anfangslohn zu erhöhen, dazu hat man sich nicht verstanden. 250 Mk. Anfangslohn bei der ersten Feuerung aller menschlichen Bedarfsartikel ist nicht hinreichend, eine Familie zu unterhalten. Bei so niedrigen Löhnen kann man sich nur Unterernährung leisten und für seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wenig tun. Der ganze Beschluß ist also nur Fiktion.

• Aus unserer Bewegung •

Tarmstadt. „Wo bleibt die Arbeitsordnung und Erweiterung der sozialen Fürsorge für die städtischen Arbeiter?“ lautete das Thema einer öffentlichen Versammlung, die am 15. September im Saale „Wöllingers Brauerei“ stattfand. Rika 100 Kollegen waren anwesend und folgten aufmerksam den Ausführungen des Referenten H. S. Sedmann. Mannheim. An der Hand zahlreicher Beispiele und Vergleiche mit anderen Städten zeigte der Redner, daß 1. die baldige Einführung einer Arbeitsordnung eine dringende Notwendigkeit, und 2. die soziale Fürsorge der Stadt recht verbesserungsbedürftig ist. Nachstehende Resolution wurde

einstimmig angenommen: „Die heutige zahlreich besuchte Versammlung städtischer Arbeiter bedauert, daß die vor mehr als fünfviertel Jahren der Stadtverwaltung eingereichte Forderung auf Einführung einer Arbeitsordnung trotz der erfolgten Zusicherung der Bürgermeisterei noch nicht genehmigt ist. Die Versammlung richtet an die Grob- u. Bürgermeisterei das Ersuchen, nunmehr die Einführung der Arbeitsordnung zu beschleunigen, unter Berücksichtigung der auf Erweiterung der sozialen Fürsorge gerichteten Forderungen des Gemeindearbeiterverbandes.“ — In dem Versammlungsbericht für die Gasarbeiter (Nr. 36 der „Gewerkschaft“) muß es mit Bezug auf die Alfordarbeit in diesem Betriebe heißen: „Vier Mann laden 700 Zentner Kohlen in drei Stunden aus. Der Verdienst würde nach dem Alfordatz 81 Pf. pro Stunde betragen. Es wird den Betreffenden jedoch statt 3 Stunden 3½ Stunde verrechnet, so daß der Geh von nur 63 Pf. pro Stunde erreicht wird.“

Osnabrück. Im Laufe des August fanden mehrere Betriebsversammlungen statt. Auf die schon vor Monaten an die Stadtverwaltung gerichtete Eingabe war noch kein Bescheid erfolgt. Die Versammlungen beschloßen daher die Einreichung neuer Forderungen. Diese lauteten: Erhöhung des bisherigen Stundenlohnes um 15 Proz., Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, Zuschlag für Überstunden 25 Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz., Einführung von Arbeiterausschüssen, Abschaffung der Alfordarbeit. Der Stadtrat hat darauf folgende Zugeständnisse gemacht: Ab 23. September d. J. wird den Arbeitern des Stadtbauhofes die Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. gewährt, so daß derselbe nunmehr 36 Pf. beträgt. Ferner Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, mit Ausnahme der Kutscher. Für Überstunden 25 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag. Ausgenommen hiervon sind Handwerker und Kutscher. Ferner werden Arbeiterausschüsse eingeführt. Die Alfordarbeit soll im allgemeinen abgeschafft und in besonderen Fällen mit den Arbeitern darüber Vereinbarungen getroffen werden. In Kürze kommt eine Arbeitsordnung zur Einführung. Diese Zugeständnisse befriedigten die Kollegen nicht voll und ganz. Die Versammlung vom 10. September beschloß daher, mit dem Stadtrat noch einmal zu verhandeln. Hoffen wir, daß die Wünsche der Kollegen erfüllt werden.

Freiburg. Am 8. September fand bei Geleise unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde über die Beitragsfrage verhandelt. Kollege Bollmar erstattete den Kartellbericht. Arbeitersekretär Markloff hielt hierauf einen Vortrag über „Jugendorganisation“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Unsere Lohnherhöhung und Ausbezahlung steht jetzt folgendermaßen: Die Stadtverwaltung hatte sich zwar bemüht, eine Lohnregelung einzuführen, rückwirkend vom 1. Januar 1910 ab. Es blieb aber lange liegen auf dem Matbaufe. Wir schickten nun eine Resolution sämtlicher städtischen Arbeiter auf das Rathaus. Auf dieses Schreiben erhielten wir nach drei Tagen Antwort. Die Revision der Löhne werde in aller kürzester Zeit erledigt werden. Manche Betriebe hätten gut abgeschnitten, bis auf das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn. Die Stredenarbeiter hatten darunter am meisten zu leiden. Statt der V. Lohnklasse rückte man sie in die VI. Lohnklasse zurück, wo sie noch 10 Pf. weniger bekamen, als vorher ihr Lohn war. Es wurde aber gleich darauf eine Betriebsversammlung abgehalten. Hier wurde energisch dagegen Stellung genommen und weitere Maßnahmen gegen diese Zurücksetzung beschlossen. Ferner wurden Fragebogen ausgegeben, um etwaige Wünsche und Beschwerden auf schriftlichem Wege vorbringen zu können. Es soll dann eine Kommission gewählt werden, die die Angelegenheiten zu erledigen hat. Als Revisor wurde Kollege Kasse gewählt. Am 10. Oktober findet die Arbeiterauswahlwahl statt, an welcher sich die Kollegen zahlreich beteiligen mögen. Unsere Weihnachtsfeier soll diesmal am 5. Januar in der Inselbrauerei von A. Kretling abgehalten werden.

Wien. Zweiundzwanzig Parlarbeiter, gelernte und ungelernte, erhielten am 9. September ihre Entlassung. Die verfügbaren Stellen für die Parldverwaltung sollen erschöpft sein. Der einzige Freist, der den entlassenen Arbeitern wurde, war der, daß vier Wochen oder ein Vierteljahr, aber auch der ganze Winter vergehen konnte, ehe sie wieder eingestellt werden würden. Ein recht trüber Ausblick für die Zukunft, wenn der Winter schon Mitte September beginnt. Andere Jahre sind ja auch mit Eintritt der kalten Jahreszeit Entlassungen vorgenommen worden, aber noch nie so zeitig wie in diesem Jahre. Unter den Entlassenen befinden sich Gärtner, die schon 4 Jahre in städtischen Diensten standen. In dieser Woche sollen auch eine Anzahl Frauen, die bisher auf dem Friedhofe beschäftigt waren, entlassen werden. Sollte es nicht möglich zu machen gewesen sein, die Entlassung der davon betroffenen Arbeiter noch hinauszuschieben?

Wien. An der Hand der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften gab uns Kollege Preißler. Dresden in der Mitgliederversammlung am 9. September ein anschauliches Bild der städtischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909. Der Vortrag wurde mit großem Interesse entgegengenommen. In der Debatte wurde auf die Mitgliederbewegung der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften hingewiesen und betont, daß sich der hier am Orte bestehende „Eisenverein deutscher Gemeindearbeiter (G.-D.)“ wieder

aufgelöst hat. Einige der Mitglieder sind zu uns übergetreten, während es die anderen vorgezogen haben, vollständig organisationslos in der Welt herumzulaufen. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde für den Vorsitzenden und Kassierer eine Entschädigung von 2 Proz. der Einnahme an Wochenbeiträgen beschlossen. Kollege Preißler behandelte dann noch mit kurzen Worten die neue Arbeitsordnung. Er bedauerte dabei, daß es die in Betracht kommenden Kollegen leider versäumt haben, beim Erscheinen des Entwurfes zur Arbeitsordnung die Organisationsleitung in Kenntnis zu setzen. Wäre dies geschehen, so hätte rechtzeitig gegen viele Bestimmungen der Arbeitsordnung Einspruch erhoben werden können. Jetzt, wo die Arbeitsordnung in Kraft ist, wird es schwer halten, etwas daran zu bessern. Aber daraus müssen die Kollegen erssehen, wie notwendig es ist, stets und ständig ein wachsames Auge zu haben und die Organisationsleitung sofort von allen Vorstößen zu unterrichten. Manche Verschlechterung könne dann abgewendet werden.

Darmstadt. Die Handwerker und Arbeiter der Baudeputation beschäftigten sich in einer am 11. September statt besuchten Versammlung mit dem für sie herausgegebenen neuen Lohnarif, den wir an anderer Stelle abdrucken. Nach einem Referat des Kollegen Schönberg und einer sehr lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme beschlossen: „Die am 11. September 1910 im St. Georgen Gesellschaftshaus tagende Versammlung der Arbeiter der Baudeputation (Hochbau und Ingenieurwesen sowie Straßenreinigung) erklärt zu den neuen Bestimmungen über ihre Lohnverhältnisse das folgende: 1. Die Arbeiterschaft bringt ihre Anerkennung darüber zum Ausdruck, daß ihre Lohnverhältnisse in mehrfacher Beziehung Verbesserungen erfahren haben. Die Löhne sind für alle grundsätzlich einheitlich und gleichmäßig geregelt worden. Wochenlöhne, ungetürzt zu zahlen für jede Woche, in der gearbeitet worden ist, und berechnet nach sechsachtem Tagelohn, sind allgemein eingeführt worden; ferner auch Dienstalterszulagen, wodurch bereits länger beschäftigte Arbeiter im Lohn besser gestellt worden sind. Alles zusammen ein Fortschritt, die Löhne auf soziale Grundlage zu stellen. 2. Die Arbeiterschaft bedauert andererseits lebhaft, daß die Anfangslöhne nicht erhöht worden sind. Die Tagelohnsätze, nur zu berechnen und demnach zu zahlen für wirklich geleistete Arbeit, betragen 3,80 bis 4 Mk. und 4,10 bis 4,40 Mk. Hilfsarbeiter erhalten gar nur dauernd 3,80 Mk. pro Tag. Und es muß abermals nachdrücklich erklärt werden, daß diese Löhne absolut unzulänglich sind, und deshalb unter allen Umständen erhöht werden müssen. So lange dies nicht geschieht, ist können auch die nunmehr in besseren Positionen stehenden Arbeiter sich dieser Vorteile nicht freuen; sie fühlen sich beunruhigt durch die unausbleiblichen Folgen der ungenügend niedrigen Entlohnung der Tagelohnarbeiter; denn diese werden schließlich versuchen, durch einen Streik höhere Löhne zu erlangen, und darin würden auch die übrigen Arbeiter (Wochenlöhner und Jahreslöhner) verwickelt werden. Des weiteren bedauert die Arbeiterschaft gleichfalls, daß der Anfangslohn für Steinseher und Hammer nicht wieder auf den Betrag von vor 1909 gebracht worden ist. Und schließlich spricht die Arbeiterschaft ihre Enttäuschung darüber aus, daß die Baudeputation auch in diesem neuen Lohnarif wieder die Bestimmung vorgesehen hat, daß diejenigen Arbeiter, deren Arbeitskraft infolge Krankheiten oder vorgegrrittenen Alters nachläßt, in der Entlohnung außer Tarif gestellt werden. Dies bedeutet in der Praxis, daß solche Arbeiter Lohnabzüge erleiden. Das ist eine ebenso große wie ungerechte Härte und widerspricht auch den in den Lohnarifen im allgemeinen in Erscheinung tretenden Grundsätzen, insbesondere aber dem System der Alterszulagen. — In diesen unter 2 bezeichneten Punkten sollte die Baudeputation die Lohnarife alsbald abändern. Die Arbeiterschaft erhebt ihre diesbezüglichen, der Baudeputation bekannten Forderungen von neuem und beauftragt den Arbeiterausschuß, insofern abermals dringliche Vorstellungen zu erheben.“

Wien. Eine stark besuchte öffentliche Versammlung fand am 9. September im Volkshaus statt. Genosse Greulich aus Zürich, der Senior der schweizerischen Arbeiterbewegung und Vorsitzender des schweizerischen Gemeindearbeiterverbandes, referierte über: „Die Arbeitsbedingungen in einem demokratischen Gemeinwesen.“ Unter dem Beifall der Versammelten übermittelte er gleichzeitig die Grüße der organisierten schweizerischen städtischen Arbeiter. Mit der Aufforderung, treu zum Verbands zu halten, schloß Greulich unter stürmischem Beifall seinen Vortrag, über den wir bereits in Nr. 37 auszugswise berichtet. Anschließend hieran sprach Gausleiter S. Schäfer über die Frage: „Warum verlangen die Wiener Gemeindearbeiter eine Lohnherhöhung?“ Kräftig unterstreichend schäfer die Ausführungen Greulichs, daß politische Rechte für die Gemeindearbeiter so notwendig seien wie das tägliche Brot. Politische Abtötung wäre unter Umständen Selbstmord für sie. Es sei die Demokratisierung der Städteverfassung nach dem Schweizer Muster anzustreben. Die Erfolge auf politischem Gebiete lassen länger auf sich warten als die Erledigung einer Lohnangelegenheit, deshalb aber dürfe auf politische Betätigung nicht verzichtet werden. In Wien hätten wir das speziell sehr notwendig. Die gewerkschaftliche Arbeit dürfe darunter natürlich nicht leiden. Immer und immer wieder müsse an die Stadtverwaltung herantreten werden, um Verbesserungen durchzusetzen. Es könne das schon

deshalb nicht anders sein, weil durch die stete Verteuerung der Lebenshaltung, die zu unerträglichen Zuständen führe, der wirkliche Wert des Geldlohes immer mehr herabgedrückt werde. Woher die Stadtverwaltung das Geld für die verlangten Lohnerhöhungen bekomme, dafür zu sorgen, sei Sache der Stadtverwaltung und Stadtverordneten. Die politisch fast rechtlose Arbeiterchaft brauche sich darüber keine Gedanken zu machen. Ohne Rechte keine Pflichten! Auf alle Fälle würde man sich den Wünschen der Arbeiter nicht entziehen können. Jedenfalls hätten die Arbeiter nichts zu verlieren. Nämlich die Stadtverwaltung den Forderungen der Arbeiter nicht entgegen, dann stelle sie die Nachfrage. Und die Macht sei einzig in der gewerkschaftlichen Organisation gegeben. Diese zu stärken, sei also so oder so die vornehmste Pflicht jedes Klassenbewußten Gemeindearbeiters. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 9. September 1910 im Saale des Volkshauses stattfindende auf besuchte öffentliche Gemeindearbeiterversammlung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß sich die Stadtverwaltung eine eingehende Prüfung der Eingaben der Arbeiter um Abänderung beziehungsweise Verbesserung des Lohns vom Jahre 1906 angelegen sein läßt. Sie erwartet, daß die Behandlung und Erledigung der Forderungen zur Zufriedenheit der Arbeiter ausfallen werden. Die Arbeiterausschüsse werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken und die Betriebsverwaltungen über den Stand der Dinge zu interpellieren, wobei sich unter Hinweis auf die große Lebensmittelerhöhung die möglichste Beschleunigung der Angelegenheit verlangen sollen. Dem Verbands der Gemeindearbeiter sprechen die Versammelten ihr volles Vertrauen aus, und sie verpflichten sich, für dessen weitere Erhaltung unermüdet tätig zu sein.“ Mit einem Hoch auf den Gemeindearbeiterverband fand die imposant verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Abend. Die Mitgliederversammlung vom 9. September nahm den Bericht vom Gewerkschaftsrat entgegen. Die vorgeschlagene Änderung der Ortsunterstützung fand keine Annahme. An Stelle des Kollegen Timm wurde Goebelen als Kassierer gewählt.

München. In der Quartalsversammlung vom 10. September berichtete zunächst Koll. Gebald über die Tätigkeit der 2. Internationalen Gemeinde- und Staatsarbeiterkonferenz in Kopenhagen. Anschließend gab Koll. Post den Massenbericht der Filiale vom 2. Quartal. An Gesamteinnahmen waren 22.318,51 Mk. zu verzeichnen, denen eine Gesamtausgabe von 14.806,97 Mk. gegenüberstand, verbleibt ein Massenbestand von 7311,50 Mk. An Unterstützungen wurden gezahlt: Sterbeunterstützung 571,25 Mk., Krankenunterstützung 270,81 Mk., Arbeitslosenunterstützung 197,— Mk., Streikunterstützung 425,30 Mk., Notfallunterstützung 38,— Mk., zusammen 1965,36 Mk. Den Revisionsbericht erstattete Koll. Wiltmann, der die angeführten Angaben bestätigte. Koll. Weiß referierte hierauf über den Ausschluß dreier Laternenwärter, die während des Konfektionsarbeiterstreiks Streikarbeit verrichteten. Medner präzipierte die stattgefundenen Verhandlungen dieser Angelegenheit im Filialauschuß sowie den Vorschlag einer Laternenwärterversammlung, die der Quartalsversammlung empfahlen, besonderer Verhältnisse halber von einem Ausschluß abzugehen. In der darauffolgenden Debatte sprachen sich jedoch der größte Teil der Medner gegen diesen Vorschlag aus und verlangten den Ausschluß. Die Abstimmung ergab denn auch mit überwiegender Mehrheit den Ausschluß der Laternenwärter Jünger, Schneider und Böllmann.

München. Erfreulicherweise regt sich auch bei den Weichenstellerinnen der städtischen Straßenbahnen immer mehr der Geist der Zusammenschlusses. Haben doch die Kolleginnen durch Übernahme der Straßenbahn in städtische Regie ein geistigeres Dienstverhältnis gegen früher, wo das Unternehmen noch in Händen einer Aktiengesellschaft lag. Sie sind nun ebenfalls der Arbeitsordnung für städtische Arbeiter unterstellt, die ihnen in ihrem Einkommen sowie sonstigen Verhältnissen wesentliche Vorteile brachte. Auch wird man die Weichenstellerinnen, die größtenteils eine mehrjährige Dienstzeit hinter sich haben, der Versorgungsstufe oder, besser gesagt, dem „zukünftigen Versorgungsfonds“, der hoffentlich noch in diesem Jahrhundert zustande kommen wird, zuführen müssen. Eine weitere Verbesserung ist auch die Bezahlung der freien Tage. Aber auch bei den Arbeitsverhältnissen der Weichenstellerinnen selbst ist noch manches zu verbessern. So z. B. die Regelung der freien Tage. Kommt es doch nur zu oft vor, daß die Kolleginnen erst nach 8, 10, ja sogar 12 Wochen einen freien Sonntag haben. Wenn auch der Dienstturnus unter einen freien Sonntag vorschreibt, so geht der Stationsmeister Kallomacher her, schickt eine Weichenstellerin herum und entzieht ihnen den freien Sonntag, angeblich deswegen, weil am Sonntag schönes Wetter sein kann und so die Weichenstellerinnen notwendig sind. Daß ein solches Vorgehen die Arbeitsfreudigkeit sehr beeinträchtigt, ist ohne Zweifel klar, zumal die Kolleginnen, die größtenteils Familie zu Hause haben, sich auch nach einem freien Sonntag sehnen, um mit den Abgaben fertig zu werden. Hebrigen muß entschieden dagegen protestiert werden, daß der Nachschub einfach hergeholt und die Bestimmungen des bestehenden Dienstturnus über den Quellen wirkt. Es ist also eine dringende Notwendigkeit, den Weichenstellers-

rinnen nicht bloß einige freie Sonntage im Jahr zu geben, sondern mindestens alle Monat einen freien Sonntag im Turnus einzufügen. Auch ist zu hoffen, daß den jüngeren Weichenstellerinnen, die noch keine dreijährige Dienstzeit hinter sich haben, der Urlaub bereits nach einjähriger Dienstzeit — wie das früher der Fall war — gewährt wird. Da verbandsseitig bereits Schritte dieserhalb unternommen sind, so ist zu erwarten, daß eine Regelung im gewünschten Sinne in kürzester Zeit eintreten wird. Des weiteren führen wir Klage gegen den Kontrolleur Sage, der die Weichenstellerinnen wegen jedes Pfifferlings meldet. Dieser meldelustige Kontrolleur will wahrscheinlich auf diese Weise seine besondere Brauchbarkeit bei seiner vorgesetzten Behörde dokumentieren. — Die tölpelhaften Versuche Zintls, für die „Christlichen“ Propaganda zu machen, sind von den Weichenstellerinnen gehörig zurückgewiesen worden. Das mit so größerem Recht, als seine „Reform“-Vorschläge eine Verschlechterung in der Dienstverteilung bedeutet hätten.

München. In einer Versammlung am 8. September referierte Koll. Weiß über die Mängel bei den Pückerinnen im Justizpalast. Der Referent legte den Versammelten nahe, gerade jetzt, wo man versucht, die Organisation mit allen erdenklichen Mitteln auszurufen, an derselben festzuhalten. Alle Versuche, durch Drohungen und Schikanen den Pückerinnen Zutritt einzujagen, praktisierte bis jetzt an der Eingangs der Kolleginnen ab. Medner verwies hauptsächlich auf die Erfolge seit Einführung der Organisation, wo eine Lohnerhöhung von 25 Pf. auf 30 Pf. die Stunde erreicht wurde, dann die Arbeit an den Sonntagen sowie jetzt auch an den Samstagen abends in Wegfall kam, dann Gewährung von Urlaub usw. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 8. September stattgefundene Versammlung der Pückerinnen des Justizpalastes verurteilt mit aller Entschiedenheit die sich ins Unerträgliche steigende Behandlungsweise der Hausmeisterin Hofmann und Maurer. Wegen der wichtigsten Gründe werden Pückerinnen entlassen, was der Fall Bauer bestätigt. Andere mißliebige Arbeiterinnen versucht man mit allen erdenklichen Schikanen hinauszutreiben. Um solchen Missetatungen einmal vorzubeugen, verlangen die Pückerinnen, daß genannten Hausmeisterinnen die Bureaueinrichtung entzogen wird. Ferner erwarten die Versammelten von der Hausverwaltung die baldige Wiedereinstellung der Elise Bauer, da diese trotz der Zusage des Herrn Rat Adam bis heute nicht erfolgte, obgleich gegenwärtig zur Reinigung der Schwurgerichtssäle neue Arbeiterinnen aufgenommen werden. Auch eruchen die Pückerinnen, einen Arbeiterschutzbund einzuführen, der berufen sein soll, der Hausverwaltung verständlich über die Verhältnisse im Arbeitsverhältnis zu berichten. Die Vertreterinnen sollen aus den Reihen der Pückerinnen gewählt und so verteilt werden, daß auf je einen Hausmeister eine Vertreterin gezählt wird. Die Versammlung hätte ferner noch den dringenden Wunsch, Mittel und Wege zu schaffen, um den Pückerinnen, die infolge mehrjähriger Arbeitsleistung dienstfähig werden, eine Rente gewährt zu kommen. Denn durch die körperliche Anstrengung und Länge der Zeit wird die Arbeitskraft der Pückerinnen vollständig aufgebraucht, so daß der Wunsch auf Gewährung einer Rente durchaus berechtigt ist, zumal auch die Invalidenrente nicht ausreicht, nützlich leben zu können.“

Nürnberg. Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Verichtigung nach § 11 des Prekates: „In Nr. 36 Ihrer Zeitung bringen Sie in einem Artikel Versammlungsbericht aus Nürnberg umherschreibend über meine Person. Da der in diesem Artikel angeführte Satz der Wahrheit nicht entspricht, erlaube ich Sie um folgende Verichtigung: 1. Unwahr ist, daß ich in der am 1. September 1910 stattgefundenen gemeinsamen Arbeiterschutzbundversammlung meinen Ärger gegen die freien Gewerkschaften dadurch zum Ausdruck brachte, daß ich gegen die Forderungen einzig und allein stimmte. 2. Wahr ist vielmehr, daß ich mich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligte. Hochachtungsvoll Johann Stieg, Nürnberg, Burgstraße 23/11.“ Es hätte dieser pompösen Form nicht bedurft, um festzustellen, daß Herr Stieg überhaupt nicht gestimmt hat, was übrigens laut Ausschussreglement nicht zulässig sein soll.

Reit. Die Arbeiter der städtischen Gasanstalt schlossen sich im Februar d. J. unserem Verbands an und heute nach dreivierteljähriger Organisationszugehörigkeit kann schon von einem Erfolge berichtet werden, den sie sich errungen haben. Am Juni d. J. wurde unsererseits eine Petition an den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium eingereicht, in der um Abschaffung der 18stündigen Wechselsschicht, weiter um eine Lohnerhöhung von 15 Proz. und um Gewährung eines Sommerurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes ersucht wurde. Begründet wurde die Eingabe mit der kolossalen Steigerung der Preise für Lebensmittel und alle notwendigen Bedürfnisse, denen der bisherige Lohn nicht stand halte. Die Löhne selbst standen zwischen 31 bis 35 Pf. für die in der Wechselsschicht Arbeitenden. Von Seiten des Stadtverordnetenkollegiums wurde die Eingabe dem Magistrat zur Prüfung überwiesen. Der letztere hat den Arbeitern jetzt folgende Antwort zurück zu lassen: „Reit, den 30. August 1910. Auf die seitens der Feuerleute und Maschinisten der städtischen Gasanstalt im Juni d. J. eingereichte gemeinsame Eingabe ergeht folgender Bescheid: Zu 1. Dem Vorschlag um Abschaffung der 18stündigen Wechselsschicht kann im Interesse des Dienstes nicht entsprochen werden; zu 2. vom 1. September d. J. ab wird eine Lohnerhöhung von

3 Pf. pro Stunde abgebilligt, und endlich zu 3. soll denjenigen Arbeitern, die mindestens zwei Jahre ununterbrochen im Betriebe der Gasanstalt beschäftigt sind, ohne Kürzung des Lohnes ein Urlaub von drei Tagen bewilligt werden. Sie wollen den übrigen Mitunterzeichnern der Eingabe von diesem Bescheide Kenntnis geben. Amor." — Sind auch nicht alle Wünsche erfüllt worden, wie zum Beispiel die Abschaffung der 18stündigen Wechselsschicht, so ist doch ein Anfang gemacht worden, dem noch weitere Verbesserungen folgen werden. Zunächst gilt es, für die Abschaffung der 18stündigen Wechselsschicht einzutreten; hierzu haben die Gasarbeiter in einer Versammlung schon wieder Stellung genommen und wird in aller nächster Zeit eine weitere Eingabe eingereicht werden. Die Arbeiter aber selbst mögen die Lehre hieraus ziehen, daß nur durch Einigkeit und Zusammenhalt Vorteile für sie erreicht werden können. Darum seid rührig, agitiert und werbt neue Mitglieder.

• Internationale Rundschau •

Australien. Weil die Eisenarbeiter an der neuen Eisenbahnlinie nach Herberton in Queensland den gewerkschaftlichen Lohn verlangten, stellte die Regierung den Bahnbau bis auf weiteres gänzlich ein. — Der australische Verband der Typographen beschloß, eine Verschmelzung aller Gewerkschaften des Buchgewerbes zu einem Industrieverbande in die Wege zu leiten. Mit den Erträgen der Lohnämter ist diese Organisation durchaus nicht zufrieden. — Drei Beamte der Straßenbahnangelegenheitenorganisation in Westaustralien wurden zu je 1000 bzw. 200 Mark Geldstrafe oder zwei Monaten bzw. drei Wochen Zwangsarbeit verurteilt, weil sie trotz der Entschädigung des Lohnamtes den Streik proklamierten.

Frankreich. Vor einiger Zeit hatten wir die Freude, zwei unserer französischen Kollegen in Berlin begrüßen zu können. Sie haben die technischen Einrichtungen einzelner städtischer Betriebe als auch unseres Verbandes studiert. Jetzt gibt nun Kollege August Roche eine kleine 24 Seiten fassende Propagandabroschüre heraus, in welcher in knapper, aber interessanter Form das deutsche Organisationsleben geschildert wird. „Les Travaillleurs Allemands dans leurs Syndicats“ (Die deutschen Arbeiter in ihren Gewerkschaften) erörtert zunächst das landläufige Vorurteil der Franzosen über den „Kadavergehorsam“ und die „militärische Disziplin“ der Deutschen. Man sage, es fehle den deutschen Arbeitern an individueller Unabhängigkeit und Initiative. Wenigstens die Disziplin nicht zu leugnen sei, so sei doch das abspredende Urteil durchaus nicht am Platze. Neben einigen Ziffern aus der internationalen und deutschen Gewerkschaftsbewegung lobt Kollege Roche besonders die höheren Beiträge, die Gewerkschaftsschule, die muster-gültige Gewerkschafts- und Parteipresse, die von Arbeitergrößen erbauten Gewerkschaftshäuser usw. Als bezeichnend für den Geist der Initiative erwähnt er u. a. den Schnapsbottel (30 Proz. Rinderverbrauch), die Arbeitslosenführung in Berlin, die Schaffung der Landarbeiterorganisation! Nicht anerkennend spricht er sich auch über unsere Zentrale sowie unsere Berliner Filiale aus, die er seinerzeit eingehend besichtigte. Unser Kollege Roche kommt zu folgendem Endresultat: „Die Deutschen haben seit langem be-
griffen, daß die Gewerkschaften nicht nur in der Lage sind den Lohn zu steigern, sondern daß die Hebelgriffe (der Herr-im-Haus-Standpunkt) der Unternehmer abgelöst werden muß durch ein ge-
reguliertes Produktionssystem auf (kommuner) gesellschaftlicher Basis. Sie haben begriffen, daß die kapitalistische Gesellschaft (wie alles in der Natur) nicht plötzlich wechselt. Sie wissen, daß die not-
wendigen Umwälzungen nicht anders vor sich gehen, als durch eine fortgesetzte Entwicklung (Evolution) und sie führen demzufolge einen andauernden unablässigen Kampf gegen Elend und Aus-
beutung. Die deutschen Kameraden sagen mit Recht, daß selbst die kleinsten Reformen wahrgenommen und erstrebt werden müssen. Und da das Kapital in Industrie, Handel und Landwirtschaft sich unangeseht konzentriert und zusammenschließt, werden die Zu-
kunftskämpfe schwerer. Darum müssen die Kämpfe zur Befreiung aus der heutigen Lohnnechtschaft sorgfältig vorbereitet werden. Die Erziehung der Arbeiter und die Organisation der
Revolutionsarmeen muß unablässig sein, denn unvorbereitete Revo-
lutionen sind ohne bleibende Resultate. Eine Gesellschaft kann nicht durch eine andere (bessere) ersetzt werden, wenn nicht systematische Vorbereitungen getroffen werden. Man hat gesagt, die deutschen organisierten Arbeiter seien „Maschinen zum Beitragszahlen und
Unterstützungsempfangen“. Ihre finanzielle Macht und ihre inter-
nationale Solidarität seien die einzigen Vorzüge wie auch ihre administrativen (bureaucratischen) Einrichtungen. Ich bin im
Gegenteil überzeugt, daß auch die französischen Kameraden den
gleichen Weg einschlagen müssen. Erst wenn wir die gleichen pe-
nalen Opfer zu bringen wissen, können wir den französischen
Solidarismus zum ersten der Welt machen.“ — Die trefflichen
Schlußfolgerungen unseres Kollegen Roche, wovon wir vorstehend
eine kleine Probe gaben, werden hoffentlich nicht verschellen auch in
Frankreich allmählich ein größeres Verständnis für gewerkschaftliche
Mitarbeit herbeizuführen, die heute leider noch allzusehr im
argen liegt. Darum wünschen wir der Broschüre in ihrem Lande
die weiteste Verbreitung. — Freilich in einem nicht unwichtigen

Punkte sind uns unsere Kollegen in städtischen Betrieben Frank-
reichs voran: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dort zumeist
schon besser wie bei uns! Dadurch, daß vielfach sozialdemo-
kratische Mehrheiten in den Gemeinden sitzen, konnte manches er-
reicht werden, was in Deutschland noch lange vergeblich gefordert
werden muß. — Im Anschluß an den Kopenhagener Kongreß
staltete uns der Verbandskollege und Bürgermeister von Pré-St.-
Gervais (Vorort von Paris) gleichfalls einen Besuch ab. Auch er
sprach sich sehr anerkennend über unsere organisatorischen Ein-
richtungen aus. — Der 8. Kongreß unserer französischen Bruder-
organisation findet vom 28. September bis 1. Oktober d. J. in
Toulouse statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Revi-
sion der Statuten, wonach eine Erhöhung des Beitrags sowie
obligatorische Einführung des Organs geplant ist. Gegenwärtig
gibt es circa 5 lokale Verbandsorgane. Als wichtiger Punkt darf
auch gelten die Forderung auf generellen Achtundentag bei 5 Fr.
(4 Mk.) Minimum pro Tag. Die überaus reichhaltige Tages-
ordnung (18 Punkte!) ermöglicht hoffentlich dennoch den endlichen
Anschluß an unsere Internationale.

**Internationale Kongresse und Konferenzen verschiedener Ge-
werkschaften.** Die internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft
beginnen immer umfangreicher zu werden. Internationale Kon-
gresse von Berufsorganisationen fanden nun teils vor, teils nach
der großen Arbeiterlagung in Kopenhagen statt. Die Tabak-
arbeiter tagten vom 21. bis 27. August. Die bisherigen Bei-
träge zum Internationalen Sekretariat wurden beibehalten. Ein
Reglement zur Unterstützung wandernder ausländischer Kollegen
soll geschaffen werden. Zum Internationalen Sekretär wurde
Deichmann-Bremen gewählt. — Vom 23. bis 26. August tagten
die Transportarbeiter. Es fand ein Antrag Annahme,
der den Mannschaften ausländischer Dampfer das Löschen der
Schiffe in Rio de Janeiro am Sonntag verbietet. Die Einführung
von Legitimationskarten für Hafenarbeiter wurde ferner gefordert.
Seelenleute sollen nicht im Dienstvertrag verpflichtet werden, Streik-
brecherdienste zu verrichten. Weitere Anträge, die dem Zentralrat
überwiesen wurden, fordern die Eindämmung des Alkoholgenusses,
die Verpflichtung, sich bei Amusterungen gegenseitig zu unter-
stützen, ferner eine Reihe Verbesserungen für Seelenleute. Es sollen
Ueberrichten über die Arbeitsbedingungen und Streik-
recht usw. der Eisen- und Straßenbahner geschaffen werden. Zwei
Resolutionen fanden noch Annahme, worin gesetzliche Festlegung
des Achtundentages für Arbeiter und Rutscher im Fuhrgewerbe,
Kraftwagenführer und Schaffner gefordert wird. Weiter wird die
gesetzliche Festlegung eines Ruhetages von 36 Stunden verlangt.
Die zweite Resolution wendet sich entschieden gegen die Einschrän-
kung oder gänzliche Entziehung des Streikrechts. — Die
dritte Konferenz der Handlungsgesellschaften tagte am
31. August. Sie beschloß die Errichtung eines Internationalen
Sekretariats, wofür ein Beitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Jahr
zu entrichten ist. Zum Sekretär wurde J. J. M. Amsterdamer
gewählt. — Die Bauarbeiter-Internationale trat
am 27. August zusammen. In der Hauptsache wurde der inter-
nationale Organisationsvertrag beraten. Die angeschlossenen Ver-
bände werden verpflichtet, an das Sekretariat Bericht zu senden;
über die Entwicklung der Verbände, über wichtige Vorfallmomente,
sowie dieselben ein Interesse für die Allgemeinheit haben, und
über andere, das Baugewerbe betreffende, wichtige Fragen, be-
sonders über den Stand und die Entwicklung des geschlichen Ar-
beiterschutzes, über den Stand und die weitere Gestaltung der
Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die Rechte und Pflichten
der Mitglieder. Zum Sekretär wurde Wömelburg wieder-
gewählt. — Der 4. Internationale Schuhmacher-
kongreß wurde am 26. und 27. August abgehalten. Zum Ausbau
der Internationalen Schuhmacherverunion wurde der Sekretär be-
auftragt, mit den der Internationale noch nicht angeschlossenen
Verbänden in Verbindung zu treten. Simon wurde als Sekretär
wiedergewählt. — Am 2. September tagte die Internationale
Brauereiarbeiterkonferenz. Beschlossen wurde, die
Erhebung von Beiträgen und Zahlung von Unterstützungen im hä-
herigen Sinne beizubehalten. Ferner sollen für alle Verbände
möglichst einheitliche Mitgliedsbücher eingeführt werden. Aus dem
Bericht über die Lohnbewegungen ist zu entnehmen, daß der
deutsche und österreichische Verband allein 86 000 Franken zur
Unterstützung des Kampfes der schweizerischen Brauereiarbeiter
verausgabten. Die Amerikaner hatten dabei gänzlich versagt. Be-
schlossen wurde, daß jeder Verband bei größeren Lohnbewegungen
die Meinung des Internationalen Sekretariats einzuholen habe.
In die Internationale wird nur ein Zentralverband aus jedem
Land mit einheitlicher Reichsgesetzgebung aufgenommen. — Die
Holzarbeiter eröffneten ihren Internationalen Kongreß am
5. September. In einer Resolution wird der tschechische Separatis-
mus verurteilt. Beschlossen wurde, daß in Grenzorten die Agitation
von beiden in Frage kommenden Landesorganisationen getrieben
werde. Die Mitglieder haben sich der Landesorganisation ihres
Wohnortes anzuschließen. — Die Internationale Fabrik-
arbeiterkonferenz wurde am 2. und 3. September abge-
halten. Diese schuf ein Reglement, das die Zugehörigkeit der ein-
zelnen Landesorganisationen zum Internationalen Sekretariat

regelt. Insbesondere wird darin alljährliche Berichterstattung der einzelnen Verbände an das Sekretariat verlangt. Mitglieder werden von der ausländischen Organisation ohne Eintrittsgeld und Anrechnung der bezahlten Beiträge aufgenommen. Lohnkämpfe sollen die einzelnen Verbände möglichst aus eigenen Mitteln führen. Zum Internationalen Sekretär wurde **Preß-Deutschland** gewählt.

Rundschau

Eine Ausdehnung der Werstarbeiterausperrung? Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beruft zu Donnerstag, den 22. d. Mts. eine Sitzung nach Berlin ein, um zu der Aussperrung der Werstarbeiter Stellung zu nehmen. Sollten die Metallindustriellen beabsichtigen, den Schiffswerften durch eine größere Aussperrung zu Hilfe zu eilen, so würde dadurch also die Aussperrung nicht mehr auf die Hafenschiffe beschränkt bleiben, sondern sich auch auf das Binnenland erstrecken. Die Möglichkeit einer sehr großen Aussperrung ist somit gegeben, doch haben wir allen Grund, anzunehmen, daß es hierzu nicht kommt.

Eine Berliner städtische Pfründe. In einer allen Verwaltungsgrundsätzen hohnsprechenden Weise hat es der Friedhofsverwalter Proh vom Zentralfriedhof in Friedrichsfelde verstanden, seine persönlichen Interessen wahrzunehmen. Diese Stelle ist dotiert mit einem Anfangsgehalt von 2800 Mk. und einem Endgehalt von 3000 Mk. (zu erreichen in 18 Jahren) einschließlich 800 Mk. Emolumente, bestehend aus freier Wohnung. Die Befoldung ist eine solche, wie sie Tausende städtischer Beamten nicht haben und kein Stelleninhaber in der gesamten Verwaltung bezieht, so hohe und umfangreiche Nebeneinnahmen wie gerade der Verwalter der Inspektorstelle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde. Nach der für den Verwalter des Friedhofes geltenden Dienstordnung hat der Beamte keine Befugnis, auf eigene Rechnung auf dem städtischen Friedhof Nebengeschäfte zu betreiben; allein vieles steht heutzutage auf dem Papier, in der Praxis ist es aber oft anders. In Friedrichsfelde ist die Ausschmückung der Reichenhalle bzw. der Kapelle Privatfache des Friedhofsverwalters, die ihm Tausende von Mark einbringt. Die Pflanzen und Vorbeerbäume, die hierzu nötig sind, hält sich der Verwalter selber. Die Stadt kümmert sich nicht darum. Es fragt auch niemand danach, daß diese Pflanzen in den städtischen Räumlichkeiten untergebracht sind. Jeder Privatmann, der städtische Räume benutzt oder in städtischen Anlagen Geschäfte betreibt, müßte für eine solche Erlaubnis Pacht und Miete zahlen. Der Friedhofsverwalter von Friedrichsfelde braucht das nicht. Natürlich bewandern die Pflanzen nicht allein aus dem Keller, wo sie aufbewahrt werden, nach der Kapelle, die sie schmücken sollen. Der Friedhofsverwalter ist zu bequem, diese Arbeit selber über Feierabend zu übernehmen. Eigene Leute für diesen Transport zu halten, ist aber zu kostspielig. Was liegt näher, als die städtischen Friedhofsarbeiter zu dieser Arbeit heranzuziehen. Wenn das nach Feierabend geschieht, so kann man auch da noch Einwendungen dagegen erheben; es sind aber seit Jahren städtische Arbeiter während ihrer Arbeitszeit zu diesen Arbeiten herangezogen worden. Der Verwalter steckt das Geld ein, die Stadt Berlin zahlt die Arbeitslöhne. Was über die Deforierung der Kapelle gesagt ist, trifft in gleichem Maße auf die Grabpflege bzw. die Ausschmückung der Gräber zu. Auch in diesem Falle führt der Friedhofsinспектор Aufträge in seinem Privatinteresse aus. Von Leuten, die einen Einbild und ein Urteil in diesen Geschäftsgängen haben, werden die aus diesen Nebengeschäften bezogenen Einnahmen auf das drei- und vierfache des jährlichen von der Stadtgemeinde gezahlten Gehalts geschätzt. Das ist ein Zustand, der mit den in der städtischen Verwaltung sonst herrschenden Grundsätzen gänzlich unvereinbar ist und dessen Abhilfe die Bürgerschaft dringend verlangen muß.

Die Erkrankungshäufigkeit der Trinker. In der Leipziger Ortskrankenkasse wurden unter 92 500 männlichen Versicherungspflichtigen 4847 Alkoholiker festgestellt. Bei den Alkoholikern war, abgesehen von den körperlichen Verhältnissen, eine große Unstetigkeit zu konstatieren, was sich im Stellen- und Berufswechsel zu erkennen gab. Durchschnittlich wechselte jeder Trinker 19mal die Stelle, was den Beruf anbelangt, so gehört jeder Trinker durchschnittlich 4,8 Berufen an. Wie sehr die Alkoholiker das Budget der Krankenkassen belasten, ersieht man, wenn man die Häufigkeit ihrer Krankheitsstage, Unfälle und Todesfälle mit denjenigen der Allgemeinheit vergleicht. In allen Krankheitsgruppen sind die Alkoholiker viel zahlreicher, im Durchschnitt 2,6mal so häufig Krankheitsfällen ausgesetzt, als die Allgemeinheit der männlichen Alkoholiker. Fast dasselbe Ergebnis erhält man bezüglich der Häufigkeit der Krankheitsstage. Die Alkoholiker erleiden in allen Krankheitsgruppen viel mehr Krankheitsstage als die Allgemeinheit. Und auch die Sterblichkeit ist bei den Trinkern in allen Krankheitsgruppen gegenüber der Allgemeinheit stark gesteigert.

Im allgemeinen Durchschnitt ist ihre Sterblichkeit 2,3mal größer, als die der Allgemeinheit. Am wenigsten ist die Sterblichkeit in der Gruppe der ausbleibenden Krankheiten erhöht. Nur bei einzelnen Krankheitsformen, nämlich bei der Tuberkulose, Gicht, Nierenmarktschwindsucht und anderen Nierenmarktschmerzen finden sich Ausnahmen von der Regel, daß die Alkoholiker ungünstigere Zahlen aufweisen. Im Gegenteil stehen bei der Tuberkulose, die uns hier an erster Stelle interessiert, die Trinker hinsichtlich der Zahl der Krankheitsstage, wie Krankheits- und Todesfällen günstiger da, wie der Durchschnitt der Massenmitglieder. Dies erklärt sich daher, daß die Alkoholiker besonders stark in den Verufen vertreten sind, die gegenüber der Tuberkulose günstigere Zahlen aufweisen als die Allgemeinheit. Es sind fast durchgängig Berufe, die große Körperkraft erfordern. Solchen Verufen wenden sich schwächliche Personen fast gar nicht oder nur in niederem Maße zu. Indem sie eine Selbstauslese kräftiger Personen enthalten, sind sie der Tuberkulose weniger unterworfen, als der Durchschnitt.

In den Berichten der Fabrikinspektoren für das Jahr 1909 sind verschiedentlich anerkennende Bemerkungen über das erfolgreiche Bemühen der Arbeiterschaft, die unwirtschaftlichen Ausgaben für Alkohol und besonders Schnaps zu vermeiden, enthalten. Der berichtende Aufsichtsbeamte für den Bezirk Gumbinnen konstatiert, daß „der Schnapsgegenuß infolge der Bemühungen der Arbeiterpresse namentlich da, wo diese größeren Einfluß hat, eine starke Einschränkung erfahren“ hat. Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg wird berichtet: „Im übrigen ist als recht erfreuliche, allerdings nicht gewollte Wirkung der neuen Steuererleichterung festzustellen, daß ein bedeutender Rückgang des Verbrauchs von Branntwein und besonders von Vier stattgefunden hat. Die Verursacherklärung des Vieres durch die Arbeiterschaft infolge des hohen Preisaufschlags der Brauereien bewirkte eine sehr große Steigerung des Verbrauchs von alkoholfreien Getränken.“ Der Beamte für Hannover stellt fest, daß „der Alkoholgegen der Arbeiter in den gewerblichen Anlagen infolge des Wohlstands der Gewerkschaften gegen die höheren Preise der alkoholischen Getränke in außerst starkem Maße zurückgegangen“ ist. Aus dem Bezirk Gumbinnen wird berichtet, daß „der Alkoholgegen im Berichtsjahr einen erheblichen Rückgang“ erfuhr. „Der Verzicht auf Branntwein und Bier wurde von seiten der Arbeiter in großem Umfange und mit bemerkenswerter Beharrlichkeit durchgeführt.“ Der Beamte für Breslau meint: „daß sonst der Alkoholgegen von der Arbeiterschaft aus eigenem Antriebe wirksam bekämpft wird und im Weichen begriffen ist, kann nach vorliegenden Beobachtungen und Befundungen angenommen werden.“ Diese Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten legen aufs neue Zeugnis ab von dem hohen kulturellen Verdienst der sozialdemokratischen Organisationen. Nicht so günstig haben die Fabrikinspektoren in manchen Fällen von den Unternehmern zu berichten. Nach ja auch der Aufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Magdeburg auf die „nicht gewollte“ Wirkung der neuen Steuererleichterung aufmerksam. Zulieferer und Braukapitalisten wollen ihre Dividenden hochhalten und ihre „begeisterten“ Getränke auch fernerhin in gemäßigtem Maße absetzen, womöglich noch größere Quantitäten herstellen. Eine Landesversicherungsanstalt hatte bei der Bearbeitung der Anträge von Versicherten auf Invalidenrente oder Uebernahme eines Heilverfahrens die Wahrnehmung gemacht, „daß die in Brauereibetrieben Beschäftigten durch das ihnen als Bestandteil des Lohnes in täglichen Mengen von 3 bis 5 Liter und mehr gewährte Freibier gesundheitlich gefährdet sind“. Die Versicherungsanstalt hat die Gewerbeinspektion des Bezirks Breslau, sich mit der Frage zu befassen. Die Aufsichtsbehörde hat aber jedoch glatt ab: „Anregungen auf Erlass des Freibiers durch Erhöhung des Barlohnes haben die Brauereien aber so gut wie einhellig abgelehnt.“ Schnaps wie Bier sollen eben „gepfoten“ werden, so will es das Alkohokapital, mag darüber auch die Gesundheit derer zu leiden, die bürgerliche Presse aus Anlaß einer Reihe für die Arbeiterschaft günstiger Nachwahlen zum Parlament wieder „entsetzt“ über die große „Kulturgefahr“, die ein solches Vordringen der Sozialdemokratie bei den allgemeinen Wahlen im Gefolge haben soll. Wo Kultur ist und wo Barbarei, ersehen die Arbeiter auch an vorstehenden Mitteilungen aus den Berichten der Fabrikinspektoren.

Totenliste des Verbandes.

Fry. Jauer Storf, München
Straßenbau

† 20. 8. 1910, 49 Jahre alt.

Albert Ilmer, Jena

† 9. 9. 1910, 39 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!

Karl Mummert, Berlin

Irrenanstalt Herzberge

† 10. 9. 1910, 74 Jahre alt.

Paul Siebner, München

Straßenbau

† 14. 9. 1910, 43 Jahre alt.